

# Der Zimmerer.

Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1,50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Brिंगmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfstraße 28, I.

Nr. 26.

Hamburg, den 29. Juni 1895.

7. Jahrgang.

**Inhalt:** Es nützt ja doch nichts. — Krankenpflege der Berufsgenossenschaften. — Die Gesellenverbände in Deutschland. — Berichte. — Protokoll vom vierten Provinzialverbandstage der Zimmerer in Schlesien und Posen. — Baugewerbliches. — Sozialpolitisches. — Gewerblich- und Lohnbewegung. — Gewerbegerichtliches. — Polizeiliches und Gerichtliches. — Vermischtes. — Literarisches. — Briefkasten der Redaktion. — Versammlungs-Anzeiger. — Anzeigen. — Verkehrslokale. — Feuilleton: Zur Entwicklung des Eisenbahnwesens.

## Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten: In **Dortmund** vom Lepping'schen Plaze, von **Dresden**, in **Düsseldorf** von den Plätzen Philipp Fuchs, Wunsch, Frank und Th. Zinzen & Sohn, in **Friedland** (Mecklenburg) vom Kreienbring'schen Plaze, von **Flensburg**, in **Serne** vom Langensiep'schen Plaze, in **Ishoe** von der Zementfabrik, von **Nürnberg**, in **Wandsbek** vom Koch'schen Plaze und in **Sinschenfelde** vom Hartmann'schen Plaze, in **Wilhelmshaven** von den Schor-tau'schen Bauten und Plätzen und vom Meig-ner'schen Plaze.

## Bekanntmachung.

Im Laufe der letzten Woche sind an sämtliche Zahlstellen des Verbandes die Protokolle der letzten Generalversammlung sowie die neuen Statuten versandt worden. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß in den Staaten, wo es das Vereinsgesetz vorschreibt, oder aber es von der Behörde verlangt wird, ein Statut bei der Polizeibehörde eingereicht werden muß. In Sachsen, wo sich nur Einzelmitglieder des Verbandes befinden, fällt die Einreichung eines Statuts natürlich von selbst weg.

Sollte irgend eine Zahlstelle keine Protokolle und Statuten erhalten haben, so ersuchen wir, diese umgehend bei uns reklamieren zu wollen.

Trotz wiederholter dringender Aufforderung haben bis jetzt circa 140 Zahlstellen den neu- oder wiedergewählten Vorstand noch nicht bei uns gemeldet. Da die Veröffentlichung der Namen und Adressen der Vorsitzenden, Kassierer und Vertrauensmänner notwendigerweise Anfang Juli im „Zimmerer“ erfolgen muß, so erinnern wir nochmals die maßgebenden Personen in den Zahlstellen an ihre Pflicht und ersuchen, uns die betreffenden Namen und Adressen schleunigst einzusenden zu wollen.

In Bezug auf die augenblicklich recht hochgehenden Wogen der Lohnbewegung sind in letzterer Zeit recht häufig Anfragen an uns ergangen, ob von Seiten des Verbandsvorstandes keine Extramarken oder Sammelbögen herausgegeben werden. Um allen weiteren Anfragen in dieser Beziehung vorzubeugen, erklären wir, daß im Vorstand die Meinung vorhanden ist, vorläufig von der Herausgabe von Extramarken oder Sammelbögen Abstand zu nehmen, es vielmehr zunächst den einzelnen Zahlstellen zu überlassen, nach eigenem Ermessen freiwillige Sammlungen vorzunehmen. Wo und wenn der gute Wille vorhanden ist, so wird man auch auf diese Art Ersprißliches leisten können. Wir ersuchen aber nochmals, alle für Streiks gesammelten Gelder nur an die Hauptkasse zu

senden, damit eine gleichmäßige Vertheilung erfolgen kann. Gleichzeitig ersuchen wir unsere sämtlichen Kassierer und Vertrauensleute, am letzten Juni Quartalschluß zu machen und bis spätestens den 15. Juli Abrechnung und Gelber an die Hauptkasse einzusenden. Es ist dies im Interesse unserer Organisation dringend notwendig.

**Der Verbands-Vorstand.**

J. A.: Fr. Schrader, Vorsitzender.

## Achtung!

**Für die Lokalkassierer.**

Ausdrücklich wird hiermit nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß es durchaus notwendig ist, das zweite Quartal mit dem 30. Juni abzuschließen; bis zum 15. Juli sind Bücher und Abschlässe von den Revisoren zu prüfen, sodann die Rechnungsabschlüsse, sowie die Hauptkassengelder der Hauptkasse bis spätestens zum 20. Juli einzusenden.

Um rechtzeitige Einwendung der Abschlässe werden noch extra diejenigen Lokalverbände dringend ersucht, welche, wegen Nicht- oder zu später Einwendung der Abschlässe vom ersten Quartal, in der gedruckten Tabelle mit Fragezeichen prangen.

**Ab. Römer, Verbandskassierer.**

## „Es nützt ja doch nichts!“

R. Sehr oft ist in Arbeiterkreisen die stereotype Redensart zu hören: „Es nützt ja doch nichts!“ nämlich die gewerkschaftliche Organisation. Und diejenigen, die so reden, sind nicht etwa nur die sogenannten Indifferenten, die denkschwachen und denkschwachen, stupiden, geistig oder überhaupt trägen Arbeiter, sondern es wird diese Aeußerung auch sehr häufig von Solchen gethan, die sich einbilden, klug, ja wohl gar die Klügsten unter den Arbeitern zu sein. Ist es doch gar keine Seltenheit, daß Leute, die in der politischen Arbeiterbewegung äußerst thätig sind, selbst in deren vordersten Reihen eine sogenannte Führerstellung inne haben, ihrer Meinung sowohl mündlichen, wie durch ihr persönliches Verhalten tatsächlichen Ausdruck dahin geben, die beruflichen, gewerkschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter hätten keinen Zweck oder seien doch zum Mindesten nutzlos. Bei den Ersteren, den „Dummen“, ist diese Denk-, Rede- und Handlungsweise erklärlich, bei den Letzteren, den „Klugen“, nicht. Da bei diesen die Absicht, täuschen zu wollen, ausgeschlossen sein muß, bleibt nur übrig, anzunehmen, daß diese Leute sich selbst täuschen, den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen.“ Und so ist es.

Wer da befreit, daß die gewerkschaftlichen Arbeitervereinigungen etwas nützen und genützt haben, der muß entweder der Meinung sein, in der Lage der Arbeiter sei überhaupt noch keine Besserung — auch keine relative — eingetreten oder glauben, diese Besserung sei wirklich von selbst gekommen — ganz so, wie dies zu behaupten die Gegner der Arbeiterbewegung nicht müde werden. Beides ist falsch.

Es ist unbestreitbar, daß sich in vielen Gegenden und Berufen die Arbeitsverhältnisse und mit diesen

die allgemeine Lebenshaltung der Arbeiter wenigstens relativ, d. h. im Verhältnis zu früher, gebessert haben. Die Löhne sind gestiegen, so daß sich der Arbeiter an die Befriedigung von Bedürfnissen gewöhnen konnte, die er früher nicht kannte; die Arbeitszeit ist kürzer und — last not least — die Selbstständigkeit des Arbeiters größer und seine Behandlung durch den Unternehmer nach manchen Richtungen besser geworden.

So gewiß die Thatsache dieser Besserung ist, so gewiß ist auch — wie hier ausdrücklich betont sein mag, um keinerlei Mißverständnis aufkommen zu lassen — daß dies Alles an sich noch durchaus keine absolute Verbesserung der Arbeiterlage bedeutet, sondern, wie schon bemerkt, eben nur eine relative. Denn um zu erfahren, ob sich die Lage der Arbeiter absolut gebessert hat, darf man nicht einfach fragen, wie dieselbe früher war und wie sie heute ist, sondern es muß die Frage lauten: Wie lebten früher die Arbeiter und wie lebten zu derselben Zeit die Angehörigen der anderen Gesellschaftsklassen; wie leben letztere heute und wie leben die Arbeiter heute? Bei einer solchen Gegenüberstellung wird Jeder finden, daß sich zwar, gleich den anderen Gesellschaftsklassen, auch die Arbeiterklasse in ihrer Lebenshaltung gehoben hat, aber lange nicht in dem Maße wie die besitzenden Klassen, vielmehr der Unterschied, die Kluft zwischen ständig größer geworden ist. Um ein Bedürfnis nach einer Sache zu empfinden, muß man diese zunächst doch selbst, ihre Anwendung und ihren Nutzen kennen. Wo diese Voraussetzung fehlt, fehlt auch das Bedürfnis. Wie daher z. B. unsere neuen „Landsleute“ in Kamerun, Ost- und Westafrika nichts zu entbehren brauchen, wenn sie sich keine Schuhe und Strümpfe, keine Wäsche und Seife kaufen können, ebenso entbehrte auch bei uns vor 50 Jahren der Arbeiter noch nichts oder doch nicht viel, wenn er sich nicht der Zeit und der Mode entsprechend kleiden, keine behaglich eingerichtete Wohnung beschaffen, keine Uhr und keine Bücher kaufen, kein Konzert und kein Theater besuchen und seinen Kindern keine ordentliche Erziehung und Schulbildung geben konnte. Diese Dinge kannten vor 50 Jahren auch die besitzenden Klassen zum Theil noch nicht oder legten darauf keinen oder doch nur geringen Werth. Ganz anders heute, wo nicht nur die genannten und tausend andere Dinge dazu dienen, den Angehörigen der besitzenden Klassen das Leben angenehm zu machen, sondern wo für diese auch jeder Tag noch neue Mittel des Luxus und des verfeinerten Lebensgenusses zeitigt, an deren Gebrauch oder Verbrauch sich der Arbeiter nur in geringem und täglich immer geringer werdendem Maße theilhaben kann. Das hat zur Folge, daß die Kluft zwischen der Lebenshaltung der besitzenden und derjenigen der arbeitenden Klasse immer größer wird und die letztere, trotz allen Fortschritts gegen den früheren Zustand, hinter der Lebensführung der Besitzenden immer weiter zurückbleibt. Es ist mithin die Lage der Arbeiter nicht nur nicht absolut besser geworden, sondern im Verhältnis zu der Lage der Besitzenden schlechter, weil die Besserung der Ersteren mit der der Letzteren nicht gleichen Schritt gehalten hat.



Diese Feststellungen schienen, wie schon oben bemerkt, uns zur Vermeidung jeden Mißverständnisses nötig, weil unsere übrigen Ausführungen eine relative Besserung der Arbeiterverhältnisse als Tatsache ansehen und zur Voraussetzung haben.

Aber, und damit kommen wir zum Kernpunkt der ganzen Frage — ist denn diese Besserung ganz von selbst eingetreten? Haben die Gegner der Arbeiterbewegung Recht, wenn sie behaupten, mit dem allgemeinen Kulturfortschritt habe sich auch die Lage der Arbeiter, und je besser es den besitzenden Klassen gehe, um so besser werde es auch den Arbeitern gehen, so daß diese nicht nötig hätten, sich zu organisieren und gegenüber den ersteren eine Kampfstellung einzunehmen? Oder mit anderen Worten: Hat das Gerede von der angeblichen Harmonie zwischen den Interessen von Arbeit und Besitz wirklich einen Sinn?

Nun, an diese „Harmonie“ glauben heute wohl nur noch sehr Wenige, weil die zwischen jenen Interessen tatsächlich bestehende Disharmonie durch ihre oft recht graufige „Logik der Tatsachen“ auch den Beschränktesten zum Bewußtsein bringt. Aber eben gerade deshalb ist die bei der großen Masse der Arbeiter herrschende Gleichgültigkeit für die gewerkschaftliche Organisation um so unbegreiflicher und unverantwortlicher. Denn daß die eingetretenen größeren wie geringeren Verbesserungen in den Arbeiterverhältnissen nicht von selbst gekommen und auch nicht Produkte der Arbeiterfreundlichkeit und des Wohlwollens der Besitzenden sind, wird wenigstens jeder denkende Arbeiter einsehen und zugeben müssen; sind doch bekanntlich die Fälle, wo z. B. Unternehmer ganz aus freien Stücken und eigenem Antriebe die Löhne erhöht, die Arbeitszeit herabgesetzt oder sonstige Verbesserungen in den Arbeitsverhältnissen eingeführt haben, so selten wie Rosen am Eismeer. Wo sich die Arbeitsverhältnisse nach diesen Richtungen gebessert — und es ist das, wie schon oben ausgeführt, tatsächlich in vielen Berufen und Gegenden der Fall —, da haben die Arbeiter entsprechende Forderungen stellen müssen, aber nicht nur Forderungen stellen, sondern in der Regel diesen auch einen gewissen Nachdruck verleihen, oft durch Kampf zur Geltung bringen, ihre Bewilligung den Unternehmern abringen müssen. Das konnten aber die Arbeiter nicht als Einzelne, als welche sie vollständig machtlos sind, sondern nur durch gemeinsames Handeln, nur durch die Organisation.

Am deutlichsten sehen wir, daß die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen etwas nützen und genützt haben, wenn wir einen vergleichenden Blick auf die Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen

Berufen und Gegenden Deutschlands mit und ohne solche Organisationen werfen. So herrscht z. B. in Ost- und Westpreußen, in Posen, Schlesien und Pommern in der Landwirtschaft und den mit dieser zusammenhängenden Gewerben nicht nur nach den Klagen und Versicherungen der Großgrundbesitzer, sondern in Wirklichkeit jahraus, jahrein, namentlich aber im Sommer, ein gewisser Mangel an Arbeitskräften; zum Mindesten ist dort das Angebot von Arbeitskräften lange nicht so groß wie im Norden, Westen und in Mitteldeutschland. Und trotzdem sind bekanntlich die Arbeitsverhältnisse in Bezug auf Lohn, Arbeitszeit, Behandlung, wie überhaupt und in jeder Beziehung in den ostelbischen Gegenden, unendlich viel schlechter als in Mittel-, West- und Norddeutschland mit seinem ständigen großen Ueberangebot von Arbeitskräften.

Diese etwas sonderbar scheinende Tatsache findet ihre sehr einfache Erklärung. Es ist eben nicht wahr, was auch in der Arbeiterbewegung zu ihrem großen Schaden lange geglaubt worden ist und noch viel geglaubt wird, daß sich die Höhe des Arbeitslohnes wie die sonstigen Arbeitsbedingungen immer nur nach Angebot und Nachfrage richten. Es spielt hierbei nicht nur die Quantität der Arbeiter, sondern auch ihre Qualität, d. h. ihr Intellekt eine Rolle. Und in intellektueller Beziehung stehen die ostelbischen Arbeiter tief unter denen Mittel-, West- und Norddeutschlands.\*) Wenn den Ersteren das Elende und Unwürdige ihrer Lage zum Bewußtsein kommt, dann denken sie nicht daran, gemeinsam eine Besserung zu fordern, sondern jeder Einzelne packt still sein Bündel und „geht nach Sachsen“; sie wandern vom Osten nach dem Westen und helfen hier den Arbeitsmarkt noch mehr überfüllen.

Diese „Sachengängerei“ hat allerdings zum Theil ihren Grund mit darin, daß die größte Gruppe der dortigen Arbeiter, die landwirtschaftlichen, überhaupt kein Vereinigungsrecht haben, sowie auch andererseits in der allgemeinen ökonomischen Rückständigkeit der ostelbischen Lande — die Hauptursache von dem „Zug nach dem Westen“ bildet aber die intellektuelle Rückständigkeit der Arbeiter selbst. Diese sind nicht im Stande, die Bedeutung des Vereinigungsrechtes und der Vereinigung zu begreifen und damit etwas anzufangen; deshalb denken Diejenigen, die dieses Recht besitzen, ebensowenig daran, es auszuüben, wie Diejenigen, die es nicht besitzen,

\*) Es bedarf wohl keiner Erklärung weiter, daß dieser Satz ganz allgemein verstanden werden soll, denn sicherlich giebt es auch unter den ostelbischen Arbeitern solche, die sich in jeder Beziehung mit denen in Mittel-, West- und Norddeutschland messen können.

es sich zu erringen. Dazu kommt, daß jene Arbeiter bei ihrem tiefen geistigen Niveau weder ein Verständniß für die Solidarität der Arbeiterinteressen noch die geistige Spannkraft besitzen, welche zur Erämpfung besserer Arbeitsbedingungen nötig ist.

Aus all' diesen Gründen sehen wir eben an den ostelbischen Arbeitern die Lehre, daß nur Angebot und Nachfrage den Lohn, wie die übrigen Arbeitsbedingungen bestimmen, oder mit anderen Worten: das sogenannte eherne ökonomische Lohngesetz zu Schanden werden.

Und schließlich sehen wir dasselbe, nur in entgegengesetzter Richtung, auch an den besseren Arbeits- und Lebensverhältnissen der intelligenteren Arbeiter diesseits der Elbe. Wie dort eine schon seit vielen Jahren andauernde größere Nachfrage nach Arbeitskräften nicht vermocht hat, die Lebenslage der Arbeiter in nennenswerther Weise zu bessern, so hat hier ein fast ebenso lange währendes Ueberangebot sie nicht nur nicht herabdrücken, sondern sogar eine weitere, wenn auch nur allmähliche Besserung nicht hindern können. Die Ursache hiervon liegt, wie oben ausgeführt, eben darin, daß der Arbeiter von jenseits der Elbe seinem Schicksal passiv gegenübersteht und das Unternehmertum ihm freiwillig nichts gewährt, während der diesseits wohnende sich ein besseres Loos zu erkämpfen sucht. Und insofern sich dieses gebessert hat, ist es in der Hauptsache nur die Frucht der darum geführten Kämpfe. Das gilt nicht bloß von denjenigen Berufen oder Orten, wo solche Kämpfe wirklich stattgefunden haben, sondern auch für jene Fälle, wo die Verbesserungen den Arbeitern scheinbar von selbst in den Schooß gefallen sind. Hier waren die Verbesserungen auch lediglich die Rückwirkung anderweitig geführter Kämpfe.

Die Richtigkeit der letzteren Behauptung würde sich leicht eingehend begründen lassen. Wir müssen uns das aber aus Rücksicht auf den Rahmen dieses Aufsatzes versagen, wie wir auch darauf verzichten müssen, näher darzulegen, daß auch diejenigen Verbesserungen in der Lebenslage der Arbeiter, welche unter Mitwirkung der öffentlichen Gewalt, durch Akte der Gesetzgebung geschaffen werden, in letzter Linie doch auch nur der Initiative, der Agitation und dem Einfluß der organisierten Arbeiterschaft auf das öffentliche Leben zu danken sind. Wie sich auch dieses Moment leicht erweisen ließe, so auch die daraus zu ziehende Konsequenz, daß alle diese Erfolge der Organisationen noch entsprechend bessere sein würden, wenn letztere selbst besser wären. Ziehe aber Jeder hieraus die Lehre, dafür sorgen zu helfen, daß die einzelnen Organisationen bald so werden, wie sie

## Zur Entwicklung des Eisenbahnwesens.

Jährlich giebt das im preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten herausgegebene „Eisenbahnarchiv“ ein statistisches Bild von der Entwicklung des Eisenbahnwesens der Erde, wobei fünfjährige Zeiträume als Vergleichseinheit verwendet und der Zuwachs an Eisenbahnlinien in allen überhaupt solche besitzenden Ländern, sowie die Dichtigkeit des Netzes und die aufgewendeten Anlagekapitalien dargestellt werden.

Die jetzt vorliegende Statistik umfaßt das Lustrum 1889—1893, an dessen Ende das Eisenbahnnetz der Erde eine Ausdehnung von 671 170 Kilometer erreicht hatte, eine Länge, die den Erbumfang am Äquator bereits 16<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Mal und die mittlere Entfernung des Mondes von der Erde um etwa 300 000 Kilometer übertrifft. Von dieser Eisenbahnlänge entfallen 360 415 Kilometer, also mehr als die Hälfte, auf den westlichen Kontinent, der Europa mit 238 550 Kilometer um 122 000 Kilometer Eisenbahnlänge überflügelt hat. Asien hat im Jahre 1893 zwei neue Eisenbahnländer hinzutreten sehen, Sibirien mit den Anfangsstrecken der großen sibirischen Bahn (108 Kilometer) und Siam (26 Kilometer); trotzdem hat dieser größte Kontinent das relativ kleinste Bahnnetz, da seine Eisenbahnlänge bisher nur 38 788 Kilometer erreicht hat, also seinem gewaltigen Flächeninhalte gegenüber noch eine sehr bescheidene ist. Auch die 12 384 Kilometer Eisenbahnlänge Afrikas stehen zum Flächeninhalt des schwarzen Erdtheils in keinem Verhältnisse, während der jüngste und kleinste Welttheil, Australien, mit 21,030 Kilometer Eisenbahnlänge in Verhältnis zur Fläche weit günstiger steht und im Verhältnis zur Bevölkerungsziffer sogar als stark entwickelt gelten darf. Auf je 10 000 Einwohner kommen in Australien 50,6, in Europa nur 6,5 Kilometer Eisenbahn, auf je 100 Quadrat-Kilom. Fläche in Australien 6,3, in Europa 2,4 Kilometer Bahnnetz.

In Europa hatte Deutschland mit 44 842 Kilom. Ende 1893 das längste Bahnnetz (Preußen allein 26 505 Kilom.); alsdann folgen Frankreich mit 39 357, Rußland mit 33 451, Großbritannien mit 33 219, Oesterreich-Ungarn mit 29 160, Italien mit 14 184, Schweden mit 8782 und Belgien mit 5473 Kilom., während die übrigen Länder zwischen 3415 Kilom. (Schweiz) und 540 Kilom. (Serbien) rangieren.

Auf je 100 Quadratkilom. hat Belgien 18,5 Kilom. Eisenbahn, Großbritannien 10,5, Niederlande 8,5, Deutschland 8,3, (Preußen 7,6) Schweiz 8,2, Frankreich 7,8, Dänemark 5,7, Italien 4,9, Oesterreich-Ungarn 4,3, Schweden 1,9; es folgen dann die übrigen Länder, in deren Reihe Rußland mit 0,6 Kilom. als letztes steht. Auf je 10 000 Einwohner hat in Europa Schweden mit 18,2 Kilom. die stärkste Entwicklung, ihm folgt die Schweiz mit 11,6, Frankreich mit 10,3, Dänemark mit 9,7, Deutschland mit 8,8 (Preußen 8,6), Belgien ebenfalls 8,8, Großbritannien 8,6, Norwegen 8,1, Oesterreich mit 6,8, Spanien 6,5, Niederlande 6,3, Rumänien 5,1, Portugal 5,0, Italien 4,5, Griechenland 4,2, Rußland 3,3 und endlich die europäische Türkei mit 2,0 Kilom.

Der Zuwachs des Bahnnetzes der Erde in dem Jahrzehnt von 1889—93 betrug 75 086 Kilom. oder 12,6 pCt. der im Anfang dieses Zeitraumes in Betrieb gewesenen Länge, aber dieser Zuwachs betrug 5000 Kilom. weniger als im Jahrzehnt 1888—92, und die schon früher ausgesprochene Ansicht, daß das seit 1885—89 eingetretene Sinken des Zuwachses sich fortsetzen werde, hat sich bestätigt. Das Sinken des Zuwachses war am stärksten in Amerika, wo er 1889—93 42 678 Kilom. betrug gegen 68 679 Kilom. 1885—89, und der Zuwachs der letzten Periode war kleiner als in allen vorhergehenden seit 1873. In Europa zeigt 1889—93 eine kleine Zunahme des Zuwachses mit 18 801 Kilom. gegen 18 104 Kilom. in 1888—92, während der höchste Zuwachs mit 24 796 Kilom.

in den Zeitabschnitt 1883—87 entfiel. Auch Afrika zeigt eine kleine Zunahme seines Zuwachses, 3518 Kilom. gegen 3093 im vorigen Zeitabschnitt. Umgekehrt Australien eine Abnahme mit 3008 Kilom. gegen 3318 und zwar zeigt hier die bis 1885—95 sehr rasch fortschreitende Entwicklung von da ab einen immer langsameren Fortgang, der Zuwachs weist fortgesetzt kleinere Zahlen auf. Asien hatte 1889—93 einen Zuwachs von 7081 Kilom. gegen 8558 für 1888—92 und 9315, seinen größten Zuwachs, für 1886—90.

Von den einzelnen Staaten Europas hat in der Periode 1889—93 Rußland mit 3292 Kilom. den größten Zuwachs gehabt, darnach kommen Deutschland mit 3049, Frankreich mit 2987, Oesterreich-Ungarn mit 2573, Spanien mit 1661, Italien mit 1424 Kilom. Zuwachs. In Amerika zeigen die im Eisenbahnbau obenanstehenden Vereinigten Staaten in 1889—93 eine Vermehrung um 26 496 Kilom. (gegen 29 936 Kilom. in 1888—92), darnach folgen die argentinische Republik mit 5195, Britisch-Nordamerika mit 2733, die Vereinigten Staaten von Brasilien mit 2700, Mexiko mit 2657 Kilom. Zuwachs. In Asien hat Britisch-Indien den beträchtlichsten Zuwachs — 3912 Kilom. (gegen 5324 Kilom. in 1888—92). Darnach folgen Japan mit 1295 und Kleinasien mit 947 Kilom. In Afrika weist die Kapkolonie einen Zuwachs von 1059 Kilom. auf, und der erst seit 1890 in die Reihe der Eisenbahnstaaten eingetretene Orange-Freistaat hat sein Netz Ende 1893 schon auf 1000 Kilom. Länge gebracht. Auch die junge südafrikanische Republik hat in 1889—93 ihr Netz um die verhältnismäßig bedeutende Länge von 596 Kilom. erweitert. In Australien hat die Kolonie Victoria mit 1105 Kilom. den größten Zuwachs (gegen 1212 Kilom. in 1888—92). Queensland folgt mit 508, Neu-Südwales mit 362 Kilom. Zuwachs.

Für Eisenbahnbau haben die Eisenbahnländer der Welt bisher 143 Milliarden Mark ausgegeben, so daß



sein sollen und sein können, indem man die Erkenntnis verbreiten hilft, daß dieselben genügt haben und je mehr nützen werden, je größer und mächtiger sie sind.

### Krankenpflege der Berufsgenossenschaften.

Mangel an Einheitlichkeit ist der Hauptvorwurf, welcher der deutschen Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung auch von denen gemacht wird, die grundsätzlich auf dem Boden dieser Sozialreform stehen. Zu ganz besonders merkwürdigen Konsequenzen hat die künstliche Scheidung zwischen Kranken- und Unfallversicherung geführt. Das Prinzip derselben, wenn man es so nennen darf, beruht darin, daß auch die Unfallfolgen zunächst als Krankheit behandelt werden, daher für die Dauer der ersten 13 Wochen nach dem Unfälle den Gegenstand der Fürsorge für die Krankenkassen bilden. Erst nach Ablauf dieser Frist tritt dann, soweit das Leiden und die Erwerbsunfähigkeit ihre Ursache in einem beim Betriebe erlittenen Unfälle hatten, die Unfallversicherung, die Fürsorge der Berufsgenossenschaft, ein. Damit hat man eine eigenthümliche Interessenkollision zwischen Krankenkasse und Berufsgenossenschaft geschaffen, unter welcher das Objekt der Fürsorge, der unfallverletzte Arbeiter, zu leiden hat. Natürlich ist vorauszusetzen, daß auch die Krankenkasse demselben dasjenige Maß und diejenige Art der Fürsorge zu Theil werden läßt, welche sein Zustand erfordert. Andererseits ist es das berechnete und pflichtgemäße Bestreben jeder Verwaltung einer öffentlichen Kasse, die Ausgaben auf das Nothwendige zu beschränken. Nun liegt es auf der Hand, daß gerade in den ersten Wochen, und gerade bei äußeren Verletzungen, es sich häufig darum handeln wird, Aufwendungen zu machen, die man nicht gerade als nothwendig bezeichnen kann, und die daher auch über die gesetzliche Verpflichtung der Krankenkasse hinausgehen, die aber zweckmäßig sind, um die spätere Erwerbsunfähigkeit des Verletzten entweder der Zeitdauer nach abzukürzen oder dem Grade nach herabzusetzen. Solche Ausgaben zu machen, hat die Krankenkasse kein Interesse, und da sie auch keine Verpflichtung dazu hat, so werden sie regelmäßig unterbleiben. Die Fürsorgepflicht der Krankenkasse endigt ohnehin mit dem Ablauf der 13. Woche; was später kommt, geht sie nichts mehr an. Was könnte sie also veranlassen, sich mit erheblichen Mehrausgaben zu belasten, um dem Verletzten eine besonders intensive Behandlung in einem Spezial-Krankenhaus zu Theil werden zu lassen, deren schließlicher Erfolg doch garnicht ihr, sondern der demnächst an ihrer Stelle tretenden Berufsgenossenschaft zu Gute kommt?

ein Kilometer durchschnittlich M. 213 300 gekostet hat. Jedoch betragen die durchschnittlichen Kosten eines Kilometers Eisenbahn in Europa, wo ein größerer Theil der Eisenbahnen zwei- und mehrgleisig ausgebaut und für schnellen und starken Verkehr gut ausgerüstet ist, M. 313 100, in den übrigen Erdtheilen nur M. 158 300.

Europa allein verbande auf seine Eisenbahnen fast 65 Milliarden Mark; in diesem Punkte steht Großbritannien mit 19,4 Milliarden in erster Reihe, es folgen dann Frankreich mit 12,1, Deutschland mit 10,9, Rußland mit 6,8, Oesterreich-Ungarn mit 6,5 Italien mit 3,1, Spanien mit 2,3, Belgien mit 1,1 Milliarden, während die übrigen Länder hinter der Milliardenziffer zurückbleiben, und Griechenland nur 50 Millionen verbandt hat. Für einen Kilometer Bahnlänge wandte Großbritannien am meisten, nämlich durchschnittlich M. 584 798 auf; es folgt Frankreich mit 340 466, Belgien mit M. 337 380, Italien mit M. 295 161, die Schweiz mit M. 265 750, Deutschland mit M. 253 405, Oesterreich mit M. 247 277, Rußland mit M. 232 880 usw. bis auf Norwegen, welches pro Kilometer nur M. 52 020 bezahlt hat.

In den übrigen Erdtheilen haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika 47 Milliarden Mark für Eisenbahnen verbaut (M. 165 549 durchschnittlich pro Kilometer), Britisch-Indien 4,5 Milliarden (M. 158 887 pro Kilometer), Kanada 3,5 Milliarden (M. 147 435 pro Kilometer), Argentinien 1,7 Milliarden (M. 127 253 pro Kilometer), Brasilien 1,2 Milliarden (M. 118 904 pro Kilometer), Neu-Südwales verbaute 717, die Kolonie Victoria 754, Ungarn 518, die Kapkolonie 396, Queensland 328, Neu-Seeland 302 Millionen Mark; am billigsten baute Westaustralien, welches nur M. 54 755 für einen Kilometer durchschnittlich ausgegeben hat.

Man kann es den Krankenkassen kaum verdenken, wenn sie sich in solchen Fällen etwas zugeknöpft verhalten. Nicht an ihnen liegt die Schuld, sondern an dem Gesetzgeber, der sie in dieses Dilemma gebracht hat.

Glücklicherweise sind es nicht die unfallverletzten Arbeiter allein, die durch dieses Verhalten geschädigt werden, sondern dasselbe widerspricht auch direkt den Interessen der Berufsgenossenschaften. Diesen muß allerdings daran gelegen sein, daß rechtzeitig und energisch die Ursache der Erwerbsunfähigkeit beseitigt, und damit ihre spätere Rentenpflicht erleichtert werde. Das Gesetz, das ja mit seiner rein äußerlichen Scheidung zwischen Kranken- und Unfallversicherung und der dadurch herbeigeführten Auseinanderreißung des Pflegefalls in zwei Perioden mit verschiedenen Verpflichteten die ganze Schwierigkeit erst geschaffen hatte, bot zunächst keine Handhabe zur Abhilfe. Die Berufsgenossenschaften mußten sich daher ohne und gegen das Gesetz zu helfen suchen, so gut es eben gehen wollte. Sie fanden dabei Entgegenkommen beim Reichsversicherungsamt, welches, um einen offenbaren Fehler des Gesetzgebers wenigstens in etwas zu corrigieren, sogar die Verantwortung für eine Abweichung vom Gesetz übernahm. Wiewohl nach klarer gesetzlicher Vorschrift die Fürsorgepflicht der Berufsgenossenschaften erst mit dem Beginn der 14. Woche nach dem Unfälle eintritt (Unfallversicherungsgesetz § 5), und wiewohl den Berufsgenossenschaften alle Aufwendungen für andere als die im Gesetze bezeichneten Zwecke ausdrücklich untersagt sind (§ 10), hat das Reichsversicherungsamt es dennoch zugelassen, daß die Berufsgenossenschaften Ausgaben für eine geeignetere Krankenpflege während der ersten 13 Wochen machten. Das war formell gegen das Gesetz, aber es entsprach dem Sinne des Gesetzes und dem Grundgedanken der Sozialreform. Es war aber auch eine Ausgabe, die sich der Berufsgenossenschaft direkt wieder einbrachte durch die Ersparung weit größerer Beträge an Unfallrenten, und darum hat es eine gewisse Berechtigung, wenn das Reichsversicherungsamt dieselbe unter der Rechnungsposition: Unfallverhütungskosten verbuchen ließ.

Erst nachträglich hat diese Praxis in der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vom 10. April 1892 auch eine gesetzliche Grundlage erhalten. Nach § 76 c daselbst ist nunmehr die Berufsgenossenschaft berechtigt, jederzeit das Heilverfahren auf ihre Kosten zu übernehmen. Es bedarf also nicht mehr, wie bisher, der Verhandlungen und eines gütlichen Uebereinkommens mit der Krankenkasse, sondern die Berufsgenossenschaft hat nunmehr kraft Gesetzes die Befugnis, sich an die Stelle der Krankenkasse zu setzen und das Heilverfahren so zu regeln, wie es ihren Interessen, die hier mit den Interessen des Verletzten zusammenfallen, am besten entspricht. Daß das in der äußeren Form geschehen muß, daß die Berufsgenossenschaft von der Krankenkasse sich das Krankengeld zahlen läßt und dafür in deren Verpflichtungen gegenüber dem Verletzten eintritt, ist wiederum recht charakteristisch für die Einfachheit und Einheitlichkeit in der Organisation der Arbeiterversicherung.

Ueber die Erfahrungen, welche mit dieser Bestimmung zunächst im Jahre 1893 gemacht worden sind, berichtet nunmehr das Reichsversicherungsamt in einem Rundschreiben vom 7. März d. J., welches in der April-Nummer seiner amtlichen Nachrichten veröffentlicht wird. Selbstverständlich beruht dieser Bericht auf den Nachrichten, welche das Reichsversicherungsamt seinerseits von den Berufsgenossenschaften eingezogen hat. Da muß es nun zunächst auffallen, daß von den angefragten 112 Berufsgenossenschaften 15 es nicht der Mühe werth gehalten haben, überhaupt zu antworten. Das macht einen seltsamen Eindruck. Die kleinen Enquêtes über Spezialfragen, welche das Reichsversicherungsamt dann und wann veranstaltet, sind sehr werthvoll und lehrreich. Aber sie sind es nur dann, wenn an der Vollständigkeit und absoluten Zuverlässigkeit der Ergebnisse kein Zweifel bestehen kann. Es wäre sehr bedauerlich, wenn das Reichsversicherungsamt nicht die Mittel besäße,

die für seine Ermittlungen erforderlichen Ergebnisse sich von allen Stellen zu beschaffen. Sollte diese Unvollständigkeit etwa darauf beruhen, daß das Reichsversicherungsamt nur von den seiner Aufsicht unterstehenden Berufsgenossenschaften, nicht aber von denjenigen Auskunft erhalten hat, die von einem Landesversicherungsamt ressortiren, so wäre das nur um so schlimmer. Wenn man einmal den Fehler gemacht hat, durch die Theilung der Kompetenz zwischen Reichs- und Landesbehörden die Einheitlichkeit aus der Rechtsprechung und Verwaltungspraxis zu entfernen, so sollte man wenigstens Wege finden, die Uebertragung dieses Zwiespalts auf das Gebiet der statistischen Erhebungen zu verhüten.

Als Gesamtergebnis der Umfrage, der allerdings nur die Erfahrungen eines, noch dazu des ersten Jahres zu Grunde liegen, läßt sich im Allgemeinen feststellen, daß von den gewerblichen Berufsgenossenschaften nur bei der Minderzahl die Verhältnisse so lagen, daß von einem direkten Eingreifen der Berufsgenossenschaft abgesehen, oder deren Thätigkeit auf die Ueberwachung und Unterstützung der Krankenkassenpflege beschränkt werden konnte — nämlich nur in den Industriebezirken und den Gewerben, bei welchen größere Betriebskrankenkassen vorherrschen. Diese genügen, wie der Bericht konstatirt, in der Regel allen Anforderungen. Dagegen hat es sich im Uebrigen bestätigt, daß bei schwereren Verletzungen ein möglichst rasch nach dem Unfall eingeleitetes intensives, allerdings auch kostspieligeres Heilverfahren die Erwerbsfähigkeit weit schneller herstellt als die gewöhnliche Krankenkassenbehandlung, und daß namentlich bei Knochenbrüchen und sonstigen Funktionsstörungen einzelner Glieder eine unmittelbar an das Heilverfahren sich anschließende medico-mechanische Nachbehandlung sehr gute Dienste geleistet hat.

Es wird nun Sache der Arbeiter sein, auch ihrerseits Erhebungen darüber zu veranstalten, welche Wirkung die Krankenpflege durch die Berufsgenossenschaften für sie resp. für die Verletzten gehabt hat. Im Besonderen muß darnach geforscht werden, ob etwa diese Krankenpflege eine Art Rentenabtreiberei darstellt. Besser wäre allerdings, wenn das Reichsversicherungsamt solche Umfragen bei den Verletzten veranstaltete.

### Die Gesellenverbände in Deutschland.

Von Dr. Bruno Schönlanke.

(Fortsetzung.)

Die Trägerin des mittelalterlichen Lebens ist die Genossenschaft. Die Zugehörigkeit zu einer Korporation war eine soziale Nothwendigkeit, der Einzelne erschien als Glied einer solchen Vereinigung erst an seinem richtigen Platze, das Individuum war der Vertreter, die Verkörperung des genossenschaftlichen Gedankens. Aus dem wirtschaftlichen und sozialen Grunde der Assoziation erwacht die Einzelpersönlichkeit.

Die ersten Anfänge der Gesellenorganisation finden sich in der kirchlichen Gesellenbrüderschaft. Ursprünglich ist diese Form der Vereinigung das Mittel zur gemeinschaftlichen Befriedigung religiöser Bedürfnisse einerseits, der Kranken- und Armenpflege der Genossen andererseits. Die Kirche begünstigte die Stiftung von Brüderschaften; der Glanz und die Macht des geistlichen Wesens wurden glücklicherweise dadurch gehoben. Die kräftigen Säule der Gesellen mochten der Geistlichkeit, die mit den öffentlichen Gewalten so oft um ihre Vorrechte stritt und brauchbare Bundesgenossen gern willkommenieß, nützlich erscheinen. Und die Errichtung von Kapellen, die Geschenke für den Kirchenschatz, Altarräucher, Leuchter, Messgewänder, die Vermächtnisse zu Gunsten der Brüderschaft, die wirkungsvollen Aufzüge der mit prächtigen Kerzen und Bannern in der Prozession einherziehenden Gesellen waren für den Klerus nicht zu verachten. Die Sorge für die erkrankten und in Noth gerathenen Gesellen war gleichfalls eine Funktion der Brüderschaft. Man ließ den Bedürftigen Geld, man unterhielt im Spital oder beim Wirtse Betten zur Aufnahme der Erkrankten. Sitzt ein Geselle, so tragen ihn die Genossen zu Grabe, lassen ihm eine „singende Seelenmesse“ halten und alle Wochen auf der Kanzel seiner im Gebete gedenken. Der Beitritts- und Beitragszwang war für die Gesellen selbstverständliche Vorschrift.

Die Meister, welche die caritative Thätigkeit der Brüderschaft von der Fürsorge für die Knechte befreite, hatten gegen die Einrichtung nichts einzuwenden, so lange sie in den Grenzen eines religiösen Unterstützungsvereins sich bewegte. Aber das Mißtrauen, das von Anfang an gegeben war — sind doch, worauf Schanz in seinem grundlegenden Werk über die Gesellenverbände hinweist, die Stiftungsurkunden auf Widerruf des Rathes oder der Junst befähigt — blieb nicht ohne Grund lebendig, daß



die kirchliche Organisationsform die Kulisse bildete, hinter welcher weltliche Bestrebungen sich entwickelten. Nach und nach ging die alte Bruderschaft in einen weltlichen Verband über oder die ursprünglichen Zwecke traten zurück hinter der Tendenz, die Interessenpolitik der Gesellen kräftig zu vertreten. Die Einkünfte der Bruderschaft wurden auch für die geselligen und gewerkschaftlichen Angelegenheiten verwendet, die Zusammenkünfte dienten nicht bloß erbaulichen, sondern auch wirtschaftspolitischen Zwecken. Die Gerichtsbarkeit, die Strafgewalt, für die eng abgesteckten Kreise kirchlicher und ethischer Aufgaben bewilligt, wurden ein Mittel, um die Manneszucht im Dienste des Verbandes, die Solidarität bei Verfolgung gemeinsamer Ziele zu schaffen und zu stützen. So mündeten zahlreiche Bruderschaften in Berufsverbände der Gesellen aus.

Doch neben dieser Art der Entwicklung gab es noch andere Bildungsformen. Man findet Gesellenverbände weltlicher Natur, die von Anfang an als solche in's Leben getreten sind. Man begegnet der weltlichen Vereinigung neben der kirchlichen Bruderschaft, es erscheinen Doppelgenossenschaften, die, theils fester, theils lockerer miteinander verbunden, zusammen bestehen, kirchliche und weltliche Aufgaben nebeneinander lösend, bald mit denselben, bald mit verschiedenen Oberen, bald mit einem, bald mit getrenntem Sädel. Die Grenzlinien sind nicht scharf gezogen, sie verschwimmen, und in vielen Fällen tritt eine Mischung der Funktionen, eine Verschmelzung beider Richtungen ein. Der Grundgedanke jedoch, der sich, ein rother Faden, durch die Entwicklung des Gesellenwesens zieht, die genossenschaftliche Interessenvertretung, hebt sich schärfer und schärfer hervor, die religiöse Hülle wird mehr und mehr abgestreift, das Wesen der Kampforganisation zu Schutz und Trutz in Freud und Leid, daheim und in der Fremde, zeigt sich kraftvoll und unerschrocken. Mag die kirchliche Bruderschaft sich fortbilden zur Gesellschenschaft, mag eine Doppelgenossenschaft vorhanden sein, welche früher oder später den Hauptakzent auf die sozialpolitischen Fragen legt, mag der weltliche Gesellenverband das ursprüngliche sein, die Bedeutung der Vereinigung liegt auf ökonomischem Gebiete. Der äußere Anstoß zur Gründung von Verbänden kam von den verschiedensten Seiten. Daß er Erfolg hatte, war die einfache Konsequenz der herrschenden Zustände. Das soziale Bedürfnis war vorhanden und so wurde es befriedigt. In der Mehrzahl sicherlich spontan, bisweilen jedoch von oben her, aus gewerkepolitischen Beweggründen oder als Handlung politischer Klugheit, um den der Ehrbarkeit feindlichen Jüngsten ein Paroli zu bieten.

Es ist unmöglich, die bunte Fülle der Assoziation in eine bestimmte Schablone hineinzuwängen, es geht nicht an, dieselbe Art der Entstehung für alle anzunehmen. Je nach den Verhältnissen überwiegt hier die eine, dort die andere Form. Sicherlich ist die ursprüngliche Bruderschaft, der öfter auch Frauen und außerhalb des Gewerkes Stehende angehört haben, die umfassendere Organisation gewesen. Indef, je kräftiger der Gesellenstand sich entwickelte, je energischer er seine Ziele verfolgte, desto leichter wurden die fremden Elemente abgestoßen, die zusammengehörigen desto inniger miteinander verbunden. Die letzte Erinnerung an die ehemalige Wirksamkeit ist dann nur noch der Name und ein Rest von Neugierigkeiten, welche den Kern nicht berühren. Die Reformation machte reinen Tisch mit den kirchlichen Rückständen und der Eifer der Handwerksmeister und Räte, die Gesellenbruderschaften abzustellen, richtet sich in Wahrheit vor Allem gegen den weltlichen Inhalt in der religiösen Form, gegen Emanzipationsversuche der Gesellen. Die Gesellschenschaft, der gewerliche Verband, trat nun desto offenkundiger in die Erscheinung, nachdem die kirchlichen Bestandtheile ausgeschieden waren. Dies ist der Fall auch in den Bezirken, welche der Protestantismus nicht ergriffen hat, der beste Beweis dafür, daß wir es mit einer großen wirtschaftlichen Erscheinung zu thun haben. In Städten mit gemischter Bevölkerung befinden sich (wie in Augsburg) manchmal konfessionelle Verbände nebeneinander, die aber hinsichtlich ihrer Interessen gemeinsam agitierten, was nicht hindert, daß in einigen katholisch gebliebenen Städten ein Rückschlag eintrat, eine Zurückbildung der Gesellenverbände in rein kirchliche Korporationen. Ein Fall von sozialem Athismus, wie er in der Wirtschaftsgeschichte ab und zu uns begegnet.

Die Wahl und die Anzahl der Vorstände ist in der verschiedenartigsten Weise geregelt. Die Bestimmungen hierüber sind so mannigfaltig, wie die Bezeichnungen für die zwei oder vier oder fünf Gesellen, denen die Leitung der Gesellschaft anvertraut war. Da finden wir Vortengesellen, Zuschiedgesellen, Altknechte, Weisiger und Labengesellen, Wächtermeister, Begeggesellen und Fürgesellen, Fürgesellen, Knappenmeister, Meisterknechte usw. Die Amtsdauer ist bald kürzer bald länger, sie haben entweder mit der Gesamtheit der Gesellen oder, wo deren Zahl zu groß ist, mit einer Vertretung derselben zu rathen und zu thaten. Die ihnen obliegenden Pflichten erfüllen sie bald gemeinsam, bald liegt eine Theilung der Aufgaben unter die einzelnen Vorstände vor. So hält z. B. der Vortengeselle bei den Nürnberger Schreibern die Umfrage, die Labengesellen überwachen die Gesellenlade. Bei den Nürnberger Messerschmiedem führt der Begeggeselle den Vorsitz, die Fürgesellen sind zur Aufsicht über das Wanderwesen bestellt. Die Versammlungen, für welche eine genau vorgeschriebene und peinlich beobachtete Etikette, ein ganzer Kodex von Zeremonien bestand, heißen Gebot, Umfrage, Ladentag, Schenke, Tischgespräch, Mittel, in späterer Zeit Auflage. Der Assoziationszwang nötigte die Gesellen des Gewerks zum Eintritt und zur Beitragspflicht bei Strafe der Achtung. Der

Mittelpunkt der Vereinigung war die Uerte, die Trinkstube, oder wie man im 17. und in den folgenden Jahrhunderten gewöhnlich zu sagen pflegte, die Herberge. Die Uerte war die Rathsstube der Gesellen, der Brennpunkt des Verkehrs, wo die Wandernden einkehrten, wo man Feste feierte, wo berathen und Gericht gehalten wurde. Das Verhalten auf der Herberge bildet einen Hauptbestandtheil der Gesellenordnungen. Die Gerichtsbarkeit, dieser „Janapfel bei allen Genossenschaften“, das Palladium auch der Gesellenverbände, war durch Jahrhunderte ein Gegenstand erbitterter Kämpfe zwischen den Arbeitern auf der einen, den Meistern und den städtischen Regierungen auf der andern Seite. So unsehbar und engbegrenzt sie auch erscheint, wenn man die zahlreichen Statuten durchliest, so bedeutungsvoll war sie in den Händen der Gesellen. Die Gewalt, das Urteil vor Genossen zu fragen und zu finden, Strafen zu verhängen und zu exekutieren, die Möglichkeit, auf diese Art eine einzelne Disziplin zu üben und das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zu wecken und zu pflegen, die Schulung in der Pflichterfüllung gegenüber der Genossenschaft, die Erziehung zur Standesehre, der Drill zum Korpsgeiste, das sind sozialpädagogische Momente von hervorragender Wichtigkeit. Hinter den Trinkkommenten, wie sie so viele Ordnungen enthalten, hinter den geringfügigen Bußen steht die straffe, einheitlich geleitete, zielbewusste Organisation. Die Aufrechterhaltung guter Sitte und würdiger Ordnung auf der Trinkstube war in den guten Zeiten der Gesellschenschaften nur der Reflex des überhaupt auf Tüchtigkeit und Bucht haltenden Standesbewußtseins, das fest gegründet war auf die Verbindung gleichgesinnter Genossen. Die Niederschrift hielt gerade die grellen, in die Augen fallenden, äußerlichen Dinge fest, die Ueberlieferung und der unter dem Druck der Umstände sich steigende Zusammenhalt bürgten für die ernste Durchführung wirtschaftlich-sozialer Aufgaben. Die Geschichte der deutschen Gesellenverbände hat der Beispiele dafür zur Genüge geliefert. Die innere Historie erfährt man weit weniger aus dem Inhalte der Statuten als aus dem bisher erschlossenen Urkundenstocke, welcher in Rathsprotokollen, Briefbüchern, Handwerksblättern von dem Thun und Treiben, den Kämpfen und Schicksalen der Gesellen uns authentisch berichtet. Hier ist eine Fundgrube der Wirtschaftsgeschichte, deren Ausbeute kaum erst begonnen hat. Die Erkenntnis der mittelalterlichen Sozialzustände wird durch die Erforschung dieser Quellen reiche Förderung erfahren. Die Höhe der Beiträge, auf den durchschnittlichen Tagelohn berechnet, scheint im Laufe der Zeit, soweit uns sichere Angaben darüber vorliegen, nicht zu schwer geschwankt zu haben. Bei den Kupfer- und Hufschmiedgesellen zu Freiburg i. B. belief sich in 1481 der Beitrag auf 3 $\frac{1}{2}$  Tagelöhne jährlich; bei den Nürnberger Schuhmachern des Jahres 1635 zahlte ein Schuhknecht 3 $\frac{1}{2}$ , ein Jünger, d. h. ein ausgelernter Lehrling, 1,6 Tagelöhne das Jahr über. Die verschiedenen Einnahmen, Beiträge, Strafgebühren usw. wurden für die gemeinsamen Zwecke verwendet, für Unterstützung und für Vergünstigungen, für den Schmuck der Trinkstube und für den Zehrpfennig, für den Willkomm und das Geleite, für Arbeitslose und Siedle, für Voten- und Schreiblohn, für Spenden und Ehrengeschenke. Einzelne Gesellschenschaften hielten sich ihre Schreiber, die besser mit der Feder umzugehen verstanden als die Gesellen, deren Kräftehäufige dem Archibonuser gar manchmal Pein bereiteten. Die Rechnungsbücher, die z. B. in den Nürnberger Handwerksblättern enthalten sind, geben Auskunft über die Vielseitigkeit des Ausgabenetats der Verbände. Die Gebote waren das amtliche Stelldichein der Gesellen; auf ihnen wurden die Verbandsangelegenheiten erledigt, die Streitigkeiten beigelegt, die Frevler gegen die Ordnungen gebüßt. Waren die üblichen Zusammenkünfte feierlich, so bildete die Aufnahme eines freigeprochenen Lehrlings in die Gesellschenschaft einen Glanzpunkt in dem Leben des Jüngers, einen Festtag, der an die genau fixirten Regeln gebunden war, für die Gesellen. Die tiefere Bedeutung des Zeremoniells, das oft an kirchliche Gebräuche, an die Taufe usw. sich anlehnte, ging in der Zeit des Verfalls verloren und entartete zu dem Formelkram. Aber in der Periode der Blüthe lag der Nutzen und der erzieherische Werth des Hänfells trotz seiner Derbheiten klar zu Tage. Das Mittelalter war unwürdiger in seinem Empfinden und faßte gröblicher zu. Aber die rohesten Bräuche der Gesellen reichen nicht hinan zu den Erzesen, die bei den hanseatischen Spielen, besonders auf dem Kontor zu Bergen bei der Rezeption junger Kaufleute von den Mitgliebetern der Hanse geübt wurden. Die Gesellen, welche den Ausgelernten in ihre Genossenschaft eintraten ließen, bereiteten ihn auf das Wandern vor, sie lehrten ihn die Bräuche, Grußformeln und Sprüche, an welchen die Glieder desselben Gewerkes sich erkannten. Wer in diese Dinge eingeweiht war, über welche er Nichtgenossen gegenüber zu strengem Schweigen verpflichtet war, besaß die Legitimation, ohne welche er weder wandern noch Arbeit finden konnte. Zugleich bot die Aufnahme die Würdigung, daß der neue Geselle sitzhaft und beruflich befähigt war, dem Handwerk als vollberechtigter Geselle anzugehören: die Standesehre litt keine unredlichen Elemente im Verbands.

In den Sprachurkunden, die uns vom Gesellenmachen überliefert sind, lebt ein gut Theil ursprünglicher, aus den Tiefen des Volkslebens auflodernder Dichtung. Der letzte Schimmer altgermanischer Götter- und Heldenjage überglänzt diese Denkmäler der Vergangenheit; man lese nur bei Frisius die wunderbare Vorlage beim Schleiße der Wütcher. Schon Jakob Grimm hat 1815 mit seinem Sinn auf diese Erzeugnisse der schöpferischen Volkshantastie hingewiesen. In vorrefflicher Weise hat ein anderer Germanist, Oskar Schade in Königsberg, in den fünfzig Jahren die religions- und kulturgeschichtliche

Bedeutung des Gegenstandes hervorgehoben; seine tiefgehenden Untersuchungen sind leider von den Wirtschaftshistorikern so gut wie gänzlich beachtet worden. Wie das Gesellenmachen überhaupt im Zeitalter des Verfalls sich zur Frage verzerrte, so auch die Vorlage, welche anfangs des vorigen Jahrhunderts bisweilen nichts ist als eine platte Note in langathmigen Alexandrinern. (Fortsetzung folgt.)

## Berichte.

**Celle.** Am 5. Juni fand unsere regelmäßige Versammlung statt. Nach Eröffnung derselben verlas der Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung, welches als richtig anerkannt wurde. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vorstandswahl. 2. Verschiedenes. Da unser bisheriger Vorsitzende Heinrich Hauer sein Amt niederlegte, so wurde hierfür Stöder gewählt, als zweiter Vorsitzender wurde Brandes, als erster Kassirer Glade und als zweiter Kassirer Ebeling gewählt. Ferner wurden zu Schriftführern Dreher und Grote, zu Revisoren Meyer und Bade gewählt. Die Kolportage wurde den Kameraden Hansen und Woltersmann übertragen. Zum Fahnenträger bestimmte man Uhle, sowie zu Begleitern Geselle, Meyer und Wilkens. Zu „Verschiedenes“ stellte Dreher den Antrag, für die streikenden Kameraden in Nürnberg M. 20 aus der Unterstützungskasse zu bewilligen; letzterer fand Annahme. Ueber das diesjährige Stiftungsfest wurde beschlossen, in der nächsten Versammlung hierüber zu entscheiden. Hierauf entspann sich eine längere Debatte über Bezahlung für Ueberstundenarbeit. Stöder stellte den Antrag, für dieses Jahr den Lohntarif so zu belassen. Nach Erlebigung des Tagesordnungs erfolgte sodann Schluß der Versammlung.

**Danzig.** Am 20. Juni tagte hier eine öffentliche Zimmererverversammlung zu welcher Kamerad Ede (Görlich) erschienen und einen interessanten Vortrag über „Die Entwicklung des Baugewerbes und die Lage der Bauhandwerker“ hielt. Redner beleuchtete die Verhältnisse des Mittelalters, damals hätte es ebenfalls schon Gesellenorganisationen gegeben und wären auch verschiedene Streiks zu verzeichnen. Das Bestreben der Zukunftselter zielte darauf hin, diese Organisationen zu nebeln und die Macht in ihre Hände zu bekommen, welches ihnen zum großen Theil auch gelang, indem sie das Raubritterthum, welches damals im Verblühen begriffen war, zu ihrem Verbündeten machte. Das Recht auf Arbeit verschwand allmählich und erhielt den Todesstoß durch das Einführen der Maschinen. Durch die Verbesserung der Maschinen griff die Arbeitslosigkeit immer weiter um sich und ihre schrecklichen Nachfolger waren Noth und Elend. Um diesem traurigen Zustande Abhilfe zu thun ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, sich organisieren, um durch möglichste Verkürzung der Arbeitszeit unseren darbenenden Mitmenschen vom Straßenpflaster zu helfen und seine eigene Existenz zu sichern. Nur eine feste, stramme Organisation ist hierzu im Stande und kann der Ausbeutungswuth des Kapitalismus einen Damm entgegen setzen. Es wäre endlich an der Zeit, daß sich auch unsere Kameraden aus ihrem Stumpfsein auftraffen und den Nutzen der Organisation anerkennen würden. Dem Referenten wurde reichlich Beifall gezollt. Sodann wurde noch Kamerad Rabigki in's Agitationscomité gewählt. Im „Verschiedenen“ sprachen sich mehrere Kameraden gegen die Ueberstundenarbeit aus; es sehe aus, als ob sich letztere wieder richtig einbürgern wolle. Leider sind die Kameraden gerade in dieser Zeit wenig geneigt, unser Vereinslokal zu besuchen, dieses zeige auch die heutige Versammlung, da trotz der regen Agitation nicht mehr als zirka 30 Mann anwesend seien. Der Grund ist wohl in der Lokalfrage zu suchen, da der angelegliche Inhaber des Lokals (Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei) ganz nach Belieben eine Versammlung abhalten läßt oder nicht, sogar Lokalmitthe für einzelne Versammlungen verlangt hat, weshalb häufig Versammlungen nicht abgehalten werden konnten, trotzdem seiner Zeit die Zimmerer für die Lokalmitthe garantirten und die ganze Einrichtung (Tische, Bänke etc.) selber herstellten. Unter diesen Umständen ziehen sich die Mitglieder allmählich zurück, unsere Organisation hat schwer gelitten und leidet noch mehr, wenn hier nicht bald eine Regelung eintritt, zumal wir hier über keine Lokalitäten verfügen.

**Königsberg i. Pr.** Am 10. Juni hielt der hiesige Lokalverband seine Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurden folgende Kameraden in den Vorstand gewählt: Wolther als erster und Fischer als zweiter Vorsitzender, Dischereit als erster und Oragen als zweiter Kassirer, Groß als erster und L. Schulz als zweiter Schriftführer, als Revisoren Uth und Jdel. Im „Verschiedenen“ wurde über unser Sommervergnügen gesprochen. Der Vorstand verpflichtete sich, sich die größte Mühe zu geben, um ein Lokal hierfür ausfindig zu machen. Hierauf machte der Vorsitzende bekannt, daß am nächsten Dienstag eine öffentliche Versammlung der Zimmerer Königsbergs und Umgegend stattfinden werde, in welcher S. Ede aus Görlich reserviren werde. Man beschloß, diese Versammlung durch Plakate bekannt zu machen.

**Leipzig.** Am Dienstag, den 18. Juni, tagte eine öffentliche Versammlung der Zimmerer mit der Tagesordnung: 1. Wie stellen wir uns zu den, durch den Arbeitgeberbund hervorgerufenen Generalkstreik der Maurer. 2. Bericht der Landeskonferenz zu Dresden. 3. Gewerkschaftliches. Zum ersten Punkt erörterte Kamerad R o s e den Ursprung des Maurerstreiks, sowie das Resultat der bisherigen Verhandlungen zwischen den Maurern und dem Arbeitgeberverband; ferner schildert Redner in kurzen Zügen die Lohnverhältnisse der Zimmerer. Hierauf wurde eine dreigliederige Kommission gewählt, welche mit dem Bau-



Arbeitgeberbund in Verbindung treten soll, um von letzterem die Erklärung zu erhalten, daß er gewillt sei, den am 15. Juni in Sachen des Maurerstreiks gefällten Schiedspruch auch für die Zimmerer anzuerkennen. Die Antwort soll in einer demnächstigen öffentlichen Versammlung bekannt gegeben, event. über die weiteren Schritte beraten werden. Ein weiterer Antrag, über diejenigen Plätze, wo noch nicht 38  $\frac{1}{2}$  Minimallohn gezahlt wird, die Sperre zu verhängen, wurde nach ernster Vermahnung des Verbandsvorsitzenden Schrader-Hamburg, welcher zufällig anwesend war, abgelehnt. Zum zweiten Punkt erstattet Kamerad Frischke Bericht über den Verlauf der in Dresden abgehaltenen Landeskongresse. Aus diesem war deutlich erkennbar, daß die Interesslosigkeit der Zimmerer Sachse eine ziemlich Ausdehnung genommen hat. Hauptbeschluß der Konferenz war, daß in allen größeren Städten Agitationscomités gebildet werden, welche ihr Augenmerk mehr auf die kleinen Städte zu richten haben, um hier eine geregeltere, besser bezahlte Arbeitszeit zu schaffen. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde noch mal ernst ermahnt, sich der Organisation anzuschließen, sowie sich in angemessener Weise an dem Unterstützungsfonds zu beteiligen und für einen besseren Besuchsbesuch agitieren zu wollen. Hierauf fand eine inzwischen eingegangene Resolution fast einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Vortrage einverstanden und verspricht, Mann für Mann dem Verbands deutscher Zimmerleute beizutreten.“

**Lichtenberg.** Am Sonntag den 16. d. M., Vormittags 12 Uhr, tagte bei Fuchs, Dorfstr. 2, eine öffentliche Zimmererverversammlung mit der Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Zimmerer Friedrichsbergs, Lichtenbergs, Nummelsburgs und Umgegend zur Gründung einer Zahlstelle des Verbandes deutscher Zimmerleute, Referent Kamerad Stehr. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Da Kamerad Stehr krankheitshalber am Erscheinen verhindert war, hatte Kamerad Knüpfer das Referat übernommen. In kurzen Zügen legte der Referent den Anwesenden die Zwecke und Ziele der Gewerkschaftsorganisation klar und wies besonders darauf hin, wie notwendig es sei, daß sich die Zimmerer in Friedrichsberg und Umgegend dem Verbands deutscher Zimmerleute anschließen. Da der überwachende Beamte den Lesern der Versammlung bekannt gegeben hatte, daß die Versammlung um 2 Uhr geschlossen sein müßte, wo nicht, er gezwungen wäre, dieselbe aufzulösen, schloß der Referent mit folgenden Worten: „Und wenn im Kampf die Jahre schwinden, Sei stolz auf Deines Hauptes Schnee; Du hast in Reih' und Glied gefunden Mit den Soldaten der Zee.“ Während der Diskussion war folgende Resolution eingegangen: „Alle Anwesenden erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erklären, dem Verbands deutscher Zimmerleute beizutreten.“ Dieselbe wurde einstimmig angenommen. Als provisorischer Vorstand wurden gewählt: Halfter, Weizner, Döring und Noack. Während der Vertagung der Versammlung hatten sich 15 Mann aufnehmen lassen. Die früher Aufgenommenen zugerechnet, würde die Zahlstelle eine Mitgliederzahl von 26 erreichen. Punkt 2 Uhr wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den neugegründeten Lokalverband geschlossen.

**Koffstedt.** Unsere Verbandsversammlung am 13. Juni war trotz spezieller Einladung der Mitglieder recht schwach besucht. Es wurde zunächst ein neuer Vorstand gewählt: W. Stegemann als erster Vorsitzender, E. Harms als zweiter Vorsitzender, F. Lucht als Kassierer, W. Hachmann als Schriftführer, als Revisoren A. Harms und F. Schacht. Sodann referierte F. Jacobsen über „Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsbewegung“. Derselbe beleuchtete in ausführlicher Weise das Recht auf Arbeit und das Recht auf eine gute Lebenshaltung der Arbeiter. Indem er ausführte, wie die Gewerkschaften berufen seien, diese Rechte zu verteidigen, gab er einen kurzen Ueberblick des Aufblühens der Zimmererbewegung bis 1890 und seinem Stillstand nach der allgemeinen Krise. Hindernisse für das Gedeihen der Gewerkschaften sieht Referent in „verlorenen Streiks“, in „zu geringen Beiträgen“ und in der „Akkordarbeit“. Aber notwendig sei die Bewegung zur Erringung des achtstündigen Arbeitstages, sowie zur Ueberwachung der Ausführung der Arbeiterschutzgesetze und zum Schutze der Arbeiter, welche gewillt sind, von ihrem guten Rechte Gebrauch zu machen.

**München.** Am 9. Juni tagte unsere regelmäßige Monatsversammlung, mit folgender Tagesordnung: 1. Verlesen des Protokolls. 2. Süddeutsche Agitation. 3. Münchner Streik. 4. Zahlung der Beiträge wegen Abrechnung. 5. Vereinsangelegenheiten. Nach Verlesen des Protokolls ertheilte der Vorsitzende dem Vertrauensmann, Kameraden Weinberger, das Wort. Derselbe giebt bekannt, daß durch seine Vermittlung am 16. Juni in Sternberg eine öffentliche Zimmererverversammlung stattfände und Genosse Maurer daselbst referieren werde, bezugnehmend auch am 23. Juni in Freising. Ferner bringt derselbe eine Agitationsrundreise in Vorschlag für die Ortsschaften Rosenheim, Wasserburg, Mühldorf, Neumarkt, Neumarkt a. d. Roth, Ganghofen, Eggenfelden, Paarlkirchen, Pöding, Passau, Deggendorf, Straubing, Regensburg und Landshut. Zweck derselben sei, sich mündlich mit vertrauenswürdigem Kameraden zu besprechen, um Einberufungen von Versammlungen und Gründung von Lokalverbänden möglich zu machen und nebenbei den Adresskatalog Bayerns zu erweitern. Da ja Kamerad Bringmann aus Hamburg in kürzester Zeit eine Agitationsreise nach Süddeutschland unternähme, könne man einstweilen vorbereiten, um demselben seine Aufgabe zu erleichtern. Nach Ortsschaften, welche derselbe nicht berühren, könne man ja dann einen Referenten aus München schicken, denn die Organisation in allen Orten Bayerns sei dringend notwendig. Da gerade die vom

Land nach München kommenden indifferenten Kameraden den stärksten Druck auf uns üben, indem denselben oft der niedrigste Lohn, welcher hier gezahlt wird, weit genügt sei, und sie sich lieber katholischen Arbeitervereinen anschließen, weil sie da bei Krankheits- oder Unfällen die Woche bis zu M. 5 erhalten. Daß sich aber dadurch ihre Lage nach keiner Seite hin verbessere, sondern sie nach wie vor von der Ausbeuterklasse bis auf's Schärfste ausgehöhlt würden, liege außer aller Frage. Thatsache sei ja, daß sie sich lieber mit trockenem Brot begnügen, um ihren in der Heimath zurückgelassenen Angehörigen etwas schicken zu können, als sich mit ernsteren Fragen zu befassen. Nach diesen Ausführungen betonte Kamerad Ventenrieder, es sei zweckmäßiger, vorerst die Münchener Organisation zu heben, bevor man auf dem Lande agitire. Nachdem sich dann mehrere Kameraden für die Agitationsreise erklärten, da die jetzige Vauperiode sehr günstig sei, etwas zu erzielen, beschloß man, Kamerad Weinberger mit der Agitation zu betrauen, die Kosten habe die Hauptkassa zu tragen. Der Referent solle zu geeigneter Zeit oder auf Verlangen an diese Orte entsandt werden. Zu Punkt 3 der Tagesordnung verlas der Vorsitzende einen Brief von den streifenden Nürnberger Kameraden, worin dieselben um finanzielle Unterstützung ersuchen. Es sprachen einige Kameraden sehr warm dafür, betonten zugleich, welch' bitteren Druck die Niederlage eines Streiks auf die Arbeiter ausübe, und appellierten an das Solidaritätsgefühl der Mitglieder. Jedoch die Mehrheit der Kameraden waren dagegen, indem die Nürnberger Zimmerer sich nicht immer kameradschaftlich gegenüber den zentralisirten verhalten hätten. Auf Anregung wurde vom Vorsitzenden eine freiwillige Sammlung veranstaltet, welche durch die Lokalkassa zu einer runden Summe ergänzt werden soll. Der Vorsitzende ermahnte sodann zur Zahlung der Beiträge, wegen der Abrechnung und es erfolgt sodann eine Pause von zehn Minuten zur Aufnahme neuer Mitglieder. In Vereinsangelegenheiten verlas der Vorsitzende eine Einladung zum Stiftungsfest der Maurer; ferner giebt er bekannt, daß im Gewerkschaftsverein beschlossen sei, daß die größeren Gewerkschaften vierteljährlich M. 10, die kleineren M. 5 an das Kartell abzuführen hätten. Hierzu wurden M. 5 bewilligt. Die Lohnkommission giebt sodann bekannt, daß am 16. Juni eine öffentliche Zimmererverversammlung in der „Alhambra“ stattfinden, und bittet die Kameraden, kräftig dafür zu agitieren. Gleichfalls verlangen die Kameraden eine solche für Schwabing und Haidhausen. Denn in diesen Vorstädten haben wieder arge Mißstände überhand genommen. Indem bei Zimmermeister Gluthner in Schwabing von früh 5 Uhr bis Abends 7 und 8 Uhr, ebenfalls Sonntags, gearbeitet werde, Kamerad Volmer bebauert, daß die Kameraden in solchen Fällen nicht die Lohnkommission in Kenntniß setzen, sondern meistens erst in Monatsversammlungen Lärm machen. Auf Ersuchen der Lohnkommission werden die Kosten für die nächste öffentliche Zimmererverammlung aus der Lokalkassa gedeckt. Hierauf Schluß der Versammlung.

**Schleswig.** Am Dienstag, den 11. Juni, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Nachdem das Protokoll von der letzten Versammlung verlesen und die Beiträge entrichtet waren, ging man zur Tagesordnung über, welche wie folgt lautete: 1. Vorstandswahl. 2. Abhalten eines Sommervergügens. 3. Verschiedenes. In den Vorstand wurde Kamerad Carl Meier per Stimmgeld zum 1. Kassierer gewählt, die übrigen Vorstandsmitglieder haben sämtlich ihre Posten auf ein weiteres Jahr behalten. Zu Punkt zwei, betreffend das Sommervergügen, wurde eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt, welche beauftragt wurden, mit den hiesigen Besitzern von Vergnügungsortlichkeiten zu verhandeln, zwecks Ueberlassung eines Lokals zur Abhaltung unserer Festlichkeit. In „Verschiedenes“ wurde vom Kameraden Jöhnt vorgeschlagen, uns dem Kartellverbände anzuschließen, welches auch einstimmig angenommen wurde; hierzu wurde Kamerad Jöhnt beauftragt, sich mit dem betreffenden Vorstände in Verbindung zu setzen und die Sache einzuleiten, worauf um 10 Uhr Schluß der nur sehr mäßig besuchten Versammlung erfolgte.

**Schwedt.** Am 15. d. M. hielt der hiesige Lokalverband seine Mitgliederversammlung ab. Nachdem die beiden ersten Punkte der Tagesordnung, Erheben der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder, erledigt waren, forderte der Vorsitzende die älteren Kameraden auf, sich mehr an den Debatten zu beteiligen, damit den jüngeren Kameraden mehr Anleitung gegeben werde, sich ebenfalls im Interesse des Verbandes auszubilden. Ferner wurden die Kameraden des einen Platzes aufgefordert, nicht unter dem ortsüblichen Tagelohn zu arbeiten. Es wurde noch beschlossen, daß unsere Versammlung vom 15. dieses Monats an alle 14 Tage, Sonnabends Abends 8 Uhr, im Vereinslokal stattfindet. Hierauf Schluß der Versammlung.

**Stettin.** Am Dienstagabend hielt der hiesige Lokalverband seine Mitgliederversammlung ab. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kamerad A. Wille, zum 2. Vorsitzenden G. Koski; zum 1. Kassierer W. Wendi, zum 2. Kassierer A. Koski; zum 1. Schriftführer G. Salzmann, zum 2. Schriftführer B. Eich; zu Revisoren G. Piepenhagen und F. Karmosin; als Kontrolleure G. Schröder und A. Dinje gewählt. Ferner wurde beschlossen, das Sommervergügen in Friedensburg bei Hufnagel abzuhalten, wozu ein Comité von sieben Mann beauftragt wurde, die notwendigen Schritte zu veranlassen. Von Krause wurde noch des Artikels in Nr. 20 des „Zimmerer“ erwähnt, die Erforschung der baugewerblichen Mißstände betreffend; da die Zeit schon zu weit vorgerückt, wurde beschlossen, dieses in der nächsten Versammlung zu be-

sprechen. Hierauf beschloß man nach kurzer Diskussion, der Hauptkassa M. 50 für die Streikenden zu überwiesen. Nachdem man sich ferner darüber einig geworden war, für das Hilfsbedürftige Mitglied B. Sammelisten auszugeben, wurden Stegemann und Uß zu Kolporteurs gewählt, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

**Wolfsbützel.** Am Sonntag, den 9. Juni, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nachdem die Beiträge erhoben waren, wurden folgende Mitglieder in den Vorstand gewählt: Franz Häse erster, Martin Becker zweiter Vorsitzender, Hermann Heuer erster, Hermann Müller zweiter Kassierer, Julius Schnabel erster, Otto Bock zweiter Schriftführer, H. Müller und J. Schnabel als Revisoren. Kamerad Häse stellte dann den Antrag, doch ein Vergügen zu veranstalten. Letzteres wurde aber abgelehnt, weil in kurzer Zeit ein allgemeines Gewerkschaftsfest stattfindet. Kamerad Schick ersuchte, die streifenden Zimmerer, soviel in unseren Kräften stände, finanziell zu unterstützen, womit sich die Anwesenden auch einverstanden erklärten. Hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Protokoll vom vierten Provinzialverbandstage der Zimmerer in Schlesien und Posen, abgehalten am 3. Juni 1895 in Liegnitz.**

Kamerad Schmidt-Breslau eröffnet denselben um 8 1/4 Uhr Vormittags mit einer Ansprache an die Delegirten. Ferner macht er bekannt, daß von 9—11 Uhr, wegen der am Orte üblichen Kirchenzeit, nicht getagt werden könne. Die Verhandlungen werden hierauf bis 11 Uhr vertagt.

Nach Wiedereröffnung um 11 1/4 Uhr wurde zunächst die Tagesordnung bekannt gegeben. Dieselbe lautet: 1. Bureauwahl. 2. Rechnungslegung. 3. Bericht der Kommission. 4. Berathung und Beschlußfassung über eingegangene Anträge. 5. Neuwahl der Kommission. 6. Verschiedenes.

Zum Punkt 1, Bureauwahl, wurden Schmidt-Breslau zum Vorsitzenden und Wuttke-Breslau zum Schriftführer gewählt. Schrader-Hamburg erucht zunächst, sesszuzustellen, wie viel Delegirte anwesend und welche Orte vertreten seien. Anwesend sind folgende Delegirte: Wuttke und Hanel-Breslau, Arnold und Menzel-Hainau, Kiock-Dhlau; als Vertreter des Hauptvorstandes Schrader-Hamburg, sowie die beiden Mitglieder der Agitations-Kommission, Schmidt und Wilhelm-Breslau.

Schmidt berichtet, daß die Delegirten von Grlitz und Grünberg noch fehlen. Ferner verliest selbiger ein Schreiben vom Lokalverband Posen, worin er ersucht wird, Posen zu vertreten. Schrader wünscht das Mandat für Posen einem Breslauer Delegirten zu übertragen, da doch Schmidt nicht als Delegirter, sondern als Mitglied der Agitationskommission hier ist. Wilhelm stellt den Antrag, das Mandat für Posen einem Hainauer Delegirten zu übertragen, welches Annahme findet, indem man Menzel-Hainau hiermit betraut.

Zu Punkt 2, Rechnungslegung, erstattet Schmidt als Verwalter der Agitationsgelder den Kassenbericht für zwei Jahre. Die Summe der Einnahme betrug M. 597,75, die der Ausgabe M. 514,35. Hierauf wird in die Rechnungsprüfungskommission Arnold-Hainau, Hanel-Breslau und Kiock-Dhlau gewählt, worauf man in eine Mittagspause eintritt.

Nach der Wiedereröffnung um 3 1/4 Uhr giebt Schmidt zunächst bekannt, daß der Delegirte von Grünberg, Kamerad Hejner, eingetroffen ist und fehlt mithin nur noch der Delegirte von Grlitz. Kiock-Dhlau erstattet hierauf im Namen der Rechnungsprüfungskommission Bericht, indem er erklärt, daß Alles in bester Ordnung befunden sei.

Zu Punkt 3 erstattet Johann Schmidt-Breslau Bericht über die Thätigkeit der Agitationskommission. Es wurden an Briefen, Postkarten und Paketen 187 Stück verandt, eingegangen seien 134; die erste Agitationstour erstreckte sich über Guben, Spremberg, Grünberg, Striegau, Schweidnitz; auf der zweiten Tour habe er Hainau, Grlitz, Spremberg, Guben, Neusalz, Hirschberg und Forst besucht. Von einigen dieser Orte ist Erfreuliches zu verzeichnen, während es in anderen bisher noch keine Früchte trug, welches einestheils daran liege, daß es häufig an leitenden Personen fehle, ferner spielen die Saal-Abtreiberien ebenfalls eine große Rolle hierbei. Wilhelm giebt Bericht über seine Tour, indem er bemerkt, daß er so ein erfreuliches Resultat, wie Schmidt, nicht zu verzeichnen habe; seine Arbeit erstreckte sich auf Posen und Oberschlesien und halte es in dieser Gegend noch schwer, Leute für unsere Sache zu gewinnen, erstens, weil sie der deutschen Sprache nicht mächtig und zweitens sei auch hier kein Saal zu Versammlungen zu bekommen. Ein einigermaßen erfreuliches Resultat habe er zunächst in Rawitzsch erzielt, wo sich sofort 9 Mann aufnehmen ließen und nunmehr schon bis zu 19 Mitgliedern herangewachsen seien. In Lissa und Ramslau war nichts zu machen; ebenso ging es in Dels. Die zweite Tour erstreckte sich über Fraustatt, Krotoschin, Drowo, Ratibor, Deuthen, Gleiwitz, Kattowitz, Dppeln, Keiße, Brieg und Dhlau. Von den letzteren gehört nur Dhlau dem Verband an, jedoch sind die Aussichten in Brieg, Ratibor und Deuthen gut. Hanel fragt an, wie die Sache in Liegnitz steht. Wilhelm berichtet, daß es notwendig sei, die Agitation in Liegnitz gründlich in die Hand zu nehmen. Der Antrag sei durch Abhaltung des Provinzialverbandstages dortselbst schon gemacht. Arnold geht näher auf die Verhältnisse in Liegnitz ein und bemerkt, daß früher in Hainau ähnliche Verhältnisse bestanden hätten. Schrader ist der Meinung, daß die Kommission ihre volle Schuldigkeit gethan hat; die hier vorgebrachten Verhältnisse treffen nicht nur für Schlesien und Posen zu,



sondern man hätte meist überall mit derartigen Hindernissen zu kämpfen. Hefner berichtet über die Lage in Grünberg seit Gründung des Verbandes bis zu seiner Auflösung und seit der Wiedergründung bis jetzt. Hefner betont, daß an der damaligen Auflösung der Hauptvorstand die Hauptschuld hatte, weil kein Geld zum Streik bewilligt wurde. Schrader bemerkt, daß Grünberg damals erst kurze Zeit dem Verband angehöre habe, weshalb vorsichtiger Weise die Unterstützung abgelehnt wurde.

Zu Punkt 4 liegen folgende Anträge vor: Von Görlich: Der Provinzial-Verbandsrat möge beschließen: An einem noch näher zu bestimmenden Tage stellen sämtliche organisierten Zimmerer Schlesiens an das Unternehmertum die Forderung auf Kürzung der Arbeitszeit.

Anträge von Breslau: 1. Die zehnstündige Arbeitszeit in den Verbandsstädten einzuführen versuchen; 2. pro Vierteljahr und Mitglied 5  $\frac{1}{2}$  zu erheben beizubehalten; 3. über die Agitationskommission ist eine Bescheidungskommission einzusetzen, dieselbe besteht aus dem Hauptvorstand.

Ueber den Antrag von Görlich und Nr. 1 von Breslau wird zugleich verhandelt; nachdem Schmidt, Hanel und Wilhelm dafür, Schrader und Wuttke dagegen gesprochen, wegen vorläufiger Undurchführbarkeit abgelehnt. Nr. 2 und 3 wurden, nachdem von Wuttke, Schmidt und Menzel befragt, angenommen.

Zu Punkt 5, Neuwahl der Agitationskommission, wurde beschlossen, den Sitz derselben in Breslau zu belassen und wurden die Kameraden Schmidt und Wilhelm einstimmig wiedergewählt.

Zu Punkt 6, Verschiedenes, stellt Arnold den Antrag, jeder Ort, in welchem eine Zahlstelle besteht, ist im Jahre zweimal durch einen Referenten zu beschicken. Vetter fand Annahme. Ried. Ohlau stellt den Antrag, den nächsten Provinzial-Verbandsrat in Ohlau abzuhalten, welches ebenfalls akzeptiert wurde. Ihre Mißbilligung ließen sämtliche Delegierten darüber laut werden, daß Görlich als zweitgrößter hier in Betracht kommende Stadt schon zum zweiten Male nicht vertreten sei, worauf um 6 $\frac{1}{2}$  Uhr der 4. Provinzial-Verbandsrat für Schlesien und Posen seinen Abschluß fand.

Hermann Wuttke, Schriftführer.

## Baugewerbliches.

**Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Mannheimer Zimmergewerbe.** Unser Votalverband hat im Januar d. J. Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Mannheim veranstaltet. Das Resultat liegt nun vor. Demnach wurden in 19 Zimmergeschäften im Sommer des Jahres 1894 230 und im Winter von 1894/95 81 Zimmerer beschäftigt. Die größte Zahl (38 Zimmerer) beschäftigte die Firma F. u. A. Ludwig, dann folgt ein Geschäft mit 30, 27, 25, 16, 14, 13, zwei je 12, drei je 8, zwei je 6, eins mit 5, 4, 3, 2, 1 Beschäftigten. Im Winter lassen die meisten Geschäfte zeitweilig nur ganz wenig Personen, etwa ihre Poliere, arbeiten.

Die Dauer der Arbeitszeit ist verschieden. Im Sommer, also bei langen Tagen, schwankt dieselbe zwischen 10 und 11 Stunden. 10 Geschäfte lassen 11 Stunden arbeiten, 5 Geschäfte 10 $\frac{1}{2}$  Stunden und 4 Geschäfte 10 Stunden. Im Winter, an den kürzesten Tagen, schwankt die Arbeitszeit zwischen 8 und 10 Stunden. 3 Geschäfte lassen 10 Stunden arbeiten, 2 Geschäfte 9 $\frac{1}{2}$  Stunden, 9 Geschäfte 9 Stunden, 1 Geschäft 8 $\frac{1}{2}$  Stunden und 4 Geschäfte 8 Stunden.

Die Angaben über den Arbeitslohn stellen ein ebenso buntes Bild dar. Zum Theil wird Tagelohn, zum Theil wird Stundenlohn gezahlt; die Firma Würz und die Firma Luz zahlen im Sommer Tage, im Winter Stundenlohn. Der Tagelohn schwankt im Sommer zwischen M. 4.50 und 3, im Winter zwischen M. 4.50 und 2.90. Einige Geschäfte zahlen im Winter sogar niedrigere Stundenlöhne als im Sommer. So beträgt z. B. bei Funk der Stundenlohn im Sommer 37—38  $\frac{1}{2}$ , im Winter 34—35  $\frac{1}{2}$ , bei Würz im Sommer 44—46  $\frac{1}{2}$ , im Winter 30—35  $\frac{1}{2}$ , bei W. Friz im Sommer 25—34  $\frac{1}{2}$ , im Winter 22—30  $\frac{1}{2}$  ufm.

Hoffen wir, daß unsere Mannheimer Kameraden die richtigen Schlüsse aus diesen Angaben ziehen, daß sie sich alle dem Verbandsrat anschließen und so darauf bringen, daß ein einheitlicher Lohnsatz Platz greift.

Sollten in Zukunft auch an anderen Orten solche Erhebungen veranstaltet werden, dann möchten wir empfehlen, auch die Zustände gleich mitzuerfragen, die in Bezug auf Lohnauszahlung bestehen, ob also der Lohn alle 8 Tage oder in größeren Zwischenräumen, regelmäßig oder unregelmäßig ausgezahlt wird, ob die Auszahlung auf der Arbeitsstelle oder im Bureau des Geschäftsinhabers, etwa nach Feierabend geschieht, ob die Lohnzahlung unmittelbar erfolgt oder ob die Kameraden erst noch längere Zeit auf den Lohn warten müssen usw.

**Mißstände im Baugewerbe.** Auf der Heibelbergerstraße in Mannheim sind an einem Neubau die Zimmerer mit der Aufstellung eines Gerüstes beschäftigt, auf dem später ein fahrbarer Kran angebracht werden soll, womit dann die schweren Quadersteine an ihren Bestimmungsort gehoben werden. Bei solchen Gerüsten werden bekanntlich außerhalb und innerhalb des Hauses, nahe bei den Ringwänden, Gerüstbäume aufgestellt. Ein Theil der inneren Bäume dieses Gerüstes ist auf die erste Balkenlage, welche zum Theil schon liegt, aufgesetzt worden. Die Balkenlage ruht auf einem eisernen Träger, der nur an seinen beiden Enden durch ganz frisch auf-

geführtes Mauerwerk gestützt wird. Die Stützpunkte der Gerüstbäume sind also keineswegs sicher.

Das Gerüst ist bereits bis zur dritten Etage fertig. Es werden recht schwere Hölzer, die als Streichstangen benutzt werden sollen, an einem einfachen Tau hingehunden. An der Winde, die unmittelbar unter dem Gerüst steht, sind vier Personen beschäftigt. Zwei davon stehen garnicht gedeckt, sondern direkt unter den hochschwebenden Hölzern, so daß sie ganz zweifellos umkämen, wenn das Holz durch irgend welches Vorkommniß herabstürzen würde.

Dieser Fall kann um so leichter eintreten, weil der Nichtbaum, an dem der Kloben befestigt ist, nur auf einer Gerüststange steht, die an den Gerüstbäumen, ohne jedes Tauwerk, vermittelt eiserner Klammern befestigt ist; auch der Nichtbaum wird nur durch eingeschlagene Klammern gehalten, nur augenscheinlich ist derselbe durch ein Tau mit einer Streichstange verbunden.

Oben sind drei Personen beschäftigt. Eine davon steht dicht am Nichtbaum, sogar mit einer Hand an den Nichtbaum angelehnt, so daß sie die Aufsicht besser beobachten kann, aber dieserhalb in um so größerer Lebensgefahr schwebt.

An der Ringstraße im □ J 8 wird ein vierstöckiger Neubau aufgeführt. Ein Flügel desselben ist bereits gerichtet. An dem anderen Flügel arbeiten die Maurer an der vierten Etage. Die Balkenlagen sind weder abgedeckt noch ausgefüllt. Wo die Maurer arbeiten, liegen nur einige Gerüstbretter, Brustwehren sind aber auch nicht angebracht. Außerhalb des Hauses arbeiten ebenfalls mehrere Maurer an den Ringwänden, als Gerüst dienen drei nebeneinander liegende, sehr schmale Bretter; umfriedigt ist auch dieses Gerüst nicht.

Im □ H 18 wird ebenfalls ein Neubau aufgeführt, der bis zur dritten Etage aufgemauert ist. Die untere Balkenlage ist garnicht abgedeckt, von der zweiten aus arbeiten die Maurer, ihr Gerüst ist in ähnlichem Zustande, als das auf oben erwähnitem Bau. Die Mauersteine werden in der Weise auf den Bau gebracht, daß sie von einer Person der anderen zugeworfen werden. Mehrere Personen stehen dabei unmittelbar übereinander resp. untereinander, und zwar jede Person auf nur einem Brett frei in der Luft. Diese Bretter müssen sich 3 bis 3,50 Meter übertragen, so daß sie sich in fortwährenden Schwankungen befinden und ein Fehlwurf um so leichter vorkommen kann.

Die Maurergerüste werden hier allerwärts nur durch eingeschlagene Klammern zusammen gehalten; auch solche Aufrichter (Gerüstklammern), die nicht auf dem Boden stehen, werden auf diese Weise befestigt.

Auf derselben Straße findet ein Abbruch statt. Aus dem abzubrechenden Gebäude sind die Fußböden und die Stocung entfernt — jedenfalls um so den Schutt ufm. gleich von oben hinabfallen zu lassen. An den Ringwänden liegen nur noch einige Bretter, die keineswegs ein so breites Gerüst bilden, daß die Arbeiter, welche mit dem Abbruch der Ringwände beschäftigt sind, bei allen Eventualitäten ausweichen, also zurücktreten können. Fast unmittelbar unter den Personen, die mit dem Abbruch beschäftigt sind, räumen andere Personen auf. Diese befinden sich fortwährend in der Gefahr, von herabfallenden Gegenständen verletzt zu werden.

Die „Kleinigkeiten“ sind am 19. Juni von der Straße aus beobachtet worden, wie mag es da erst hinter den Bauzäunen aussehen.

**Risiko der Bauarbeiter.** Im Bereich der hessisch-nassauischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft wurden im Monat April d. J. im Ganzen 129 Unfälle, darunter 3 Todesfälle, gemeldet. Es entfallen davon auf: Maurergeschäfte 59 (3 Todesfälle), Zimmergeschäfte 32, Maler, Weißbinder, Tischler- u. Geschäfte 13, Steinhauer-geschäfte 7, Erd- und Grundarbeitergeschäfte 5, Dachdecker-geschäfte 2, Schreiner-geschäfte 2, Fuhrwerker-geschäfte 2, Abbruch-geschäfte 1, Kanalbau-geschäfte 1, Installations-geschäfte 2, Spengler-geschäfte 1, Mühlenbau-geschäfte 1, Holzschneider-geschäfte 1. Im Bereich der Sektion III der hannoverschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft (Herzogthum Braunschweig) gelangten im Jahre 1894 331 Unfälle zur Anmeldung; 11 Personen wurden getödtet und zwar 5 Maurer, 1 Zimmerer, 1 Arbeiter, 1 Maler, 1 Steinhauer, 1 Klempner, 1 Knecht.

Im Bereich der nordholländischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft sind 1894 5578 Unfälle zur Anzeige gelangt, 368 mehr als 1893. Auch die entschädigungspflichtigen Unfälle sind erheblich gestiegen, so daß selbst die „Baugewerkszeitung“ eingestehen muß, daß die Unfallgefahr von Jahr zu Jahr steigt.

In Thorn stürzte am 7. Juni ein 20 Meter hohes Gerüst ein, wobei 2 Personen getödtet wurden und eine Person tödtliche Verletzungen davontrug.

In Neumünster erfolgte beim Aufwinden eines eisernen Trägers ein Einsturz, wobei 7 Arbeiter, zwei davon schwer, verletzt wurden.

Trotz der ganz neuen Unfallverhütungsvorschriften der süddeutschen Baugewerksberufsgenossenschaft brach in Speyer am 17. Juni ein Theil des Gerüstes an einem Neubau zusammen, wodurch ein Mauerarbeitermann den Tod erlitt und ein Maurer schwer verletzt wurde.

In Bamberg in Bayern stürzte am 18. Juni ein eben vollendeter dreistöckiger Neubau zusammen und begrub unter seinen Trümmern 16 Bauarbeiter, wovon 7 als schwer und 6 als leicht verwundet aus dem Trümmerhaufen hervorgeholt wurden; die noch fehlenden Drei hatte man bis Abends noch nicht gefunden.

## Sozialpolitisches.

**Die mecklenburgischen Schulzustände und der Klassenlohn der Agrarier** werden durch folgende Mittheilung der „Kostoder Zeitung“ nett illustriert: „Durch Uebertritt in den Dominal-Schuldienst wurde zu Michaels eine wissenschaftliche Schulstelle erledigt. Als der bisherige Inhaber die Stelle antrat, hatte er als Vorgänger einen von jenen Pädagogen der grauen Vorzeit, wie solche jetzt kaum noch zu finden sein dürften. Dieser alte Herr war seiner Aufgabe in Bezug auf Volksbildung in der Weise nachgekommen, daß er den Kindern einen Kalender von Anfang bis Ende erklärte. War ein Kalendarium absolviert und einige Male repetirt, so ging er an einen Stapel von Zeitungen, welche nummerweise durchgenommen wurden. Als darauf der Pädagoge der Neuzeit auf eine ganz andere Weise die Jugend zu bilden begann und die Eltern schon ihrer Freude darüber Ausdruck gaben, wurde der Lehrer vom Schulpatron angewiesen, die Kinder nicht so allseitig bilden zu wollen, da er später Leute zum Dungkretzen haben müsse — und Kündigung droht dem Zuwiderhandelnden.“

**Die Schaffung eines städtischen Arbeitsamts** steht auch in Leipzig in Aussicht. Der Magistrat soll schon bestimmte Vorschläge formulirt haben und diese nächstens dem Gewerbeamt zur Begutachtung vorlegen wollen. Als Termin des Beginns der städtischen Arbeitsvermittlung sei der 1. Oktober d. J. angenommen. Ueber das Projekt hat jedoch noch das Stadtverordnetenkollegium zu entscheiden.

## Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

**In Friedland i. M.** hatten, wie in Nr. 22 unferes Blattes bereits berichtet, die Zimmerer auf dem Kreienbring'schen Plage die Arbeit deshalb eingestellt, weil der Vektore sie veranlaßt hatte, am Tage nach Himmelfahrt die Arbeit ruhen zu lassen, um Quartal zu feiern, sich aber auf Ersuchen der hier in Arbeit stehenden Verbandsmitglieder weigerte, den Tag zu vergüten. Nach mehrwöchentlichem Ausstand ist es dem Arbeitgeber mit Hilfe der dortigen Polizei doch gelungen, die verlassenen Plätze durch von Auswärts herangelockte, dem Verbandsamt angehörende Zimmerer zu besetzen, wodurch ein Erfolg für die Streikenden nunmehr gänzlich ausgeschlossen ist. Wie uns berichtet, sind es größtentheils junge, unerfahrene Kameraden aus Landsberg, welche sich bewegen ließen, hier die Arbeit aufzunehmen, wo ihre älteren Kameraden, berechtigter Forderung wegen, die Arbeit niederlegten. Wir dürfen mit Bestimmtheit annehmen, daß diese in Begleitung von Schulleuten zur Arbeitsstätte geleiteten, und wer weiß mit welchen Verprechungen überhäuft, angehenden jungen Kameraden kaum wußten, welchen Verstoß gegen jegliches moralisches und Solidaritätsgesühl gegen ihre Kameraden sie sich schuldig machten, als sie sich verlocken ließen, nach Friedland zu kommen. Daß Benannte thatsächlich gezwungen wurden, hier zu arbeiten, geht daraus hervor, daß Vektore zweimal im Begriff waren, aus Friedland der Ausständigen natürlich, wieder abzureisen, aber jedes Mal erschien kurz zuvor ein Uniformirter und transportirte sie wieder an ihre Arbeitsstätte zurück; das letzte Mal kurz vor Abgang des Zuges vom Bahnhof aus. Der Streik als solcher kann wohl, leider ohne Erfolg gebracht zu haben, als beendet betrachtet werden, doch ist es trotzdem notwendig, daß der Zug nach dort vorläufig noch fern gehalten wird. Wir es so häufig in kleineren Orten der Fall, trifft es auch hier zu. Von den 24 in den Streik Getretenen sind circa 8 abgereift. Die Uebrigen sind bis auf Einige anderweitig in Arbeit getreten. Die bis heute noch Arbeitslosen sind leider die Gemäßigten und wird es diesen schwer fallen, dort vorläufig Arbeit zu erhalten. Man kühlt also sein Muthen wiederum an einzelnen Personen, welche, nebenbei bemerkt, noch nicht einmal die Veranlasser zu dieser Arbeitseinstellung waren, sondern im Gegentheil darauf drangen, hiervon Abstand zu nehmen und zu versuchen, auf andere Weise zum Rechte zu kommen. Dieser, in den Sumpf getretene Streik muß aber Allen die Lehre geben, daß man mit Proklamirung einer Arbeitseinstellung höchst vorsichtig umzugehen hat, zumal wenn die Ursache derselben einen anderen Weg zu beschreiten offen läßt und der Erfolg in Abtrotz der ungünstigen Lage des Ortes, hinsichtlich der geringen Anzahl Organisirter in den Umgegend, sehr fraglich erscheint.

Man hätte auch hier einen Streik vermeiden können, indem man einfach den Klageweg beschritten hätte und den pp. Kreienbring nach § 124 der Gewerbeordnung um Begahlung einer achtstündigen Lohnentschädigung verklagt hätte. Nun ist es leider zu spät und mögen nun auch diejenigen, welche mit aller Entschiedenheit darauf drangen, daß die Arbeit einzustellen resp. nicht früher wieder aufzunehmen sei, bis der Tagelohn bezahlt, ihren Fehler dadurch wieder gut machen, daß sie ihre gemäßigten Kameraden unterstützen helfen.

**Zum Streik der Maurer Leipzigs.** Nach mehrwöchentlichem Ausstande ist endlich durch das Einigungsamt in Sachen des Mauerer-ausstandes folgender Schiedspruch gefällt und von einer von 1200 Maurern besuchten, am 16. Juni stattgefundenen öffentlichen Versammlung anerkannt worden: Der niedrigste Stundenlohn soll bis Ende September 42  $\frac{1}{2}$ , von da bis Ende März 43  $\frac{1}{2}$ , vom 1. April 1896 ab 45  $\frac{1}{2}$  betragen. Folgende Forderungen wurden ferner beschlossen nach der Monatsversammlung des Bundes der Bauunternehmer zu unterbreiten: a) Die Mittagspause bleibt im ganzen Jahre



eine einstufige; b) es müssen die Baubuden aus gesundheitslichen Rücksichten aus luft- und wasserdichtem Material (event. Fachmauerwerk) hergestellt sein; c) die Einrichtungen von Bedürfnisanstalten sind bestimmt einer Verbesserung zu unterziehen; d) Maßregelungen am Streik beteiligter Personen haben zu unterbleiben. Der Bauunternehmerbund hat in der Montagsversammlung aber nur in Beziehung auf den Schiedsgerichtsbeschluss Bescheid gefasst. Er stimmte diesem beifällig zu. Die vorstehend angeführten Forderungen der Maurer sollen in einer späteren Versammlung der Unternehmer beraten werden.

Der Maurerstreik kann immerhin als beendet betrachtet werden; trotzdem ist es rathsam, den Bezug nach Leipzig vorläufig noch fernzuhalten, um so mehr, da nunmehr auch von Seiten der Zimmerer in einer am Dienstag, den 18. Juni, stattgefundenen öffentlichen Versammlung (siehe Versammlungsbericht) der Beschluß gefaßt wurde, an die Arbeitgeber heranzutreten behufs Forderung des (in Sachen des Maurerstreiks von dem Einigungsamt gefällten Schiedsbeschlusses) niedergelegten Lohnsatzes.

In Anbetracht des den Maurern gezeigten Entgegenkommens ist zu erwarten, daß auch die Zimmerer dasselbe Resultat erzielen, da, wie uns berichtet, auf vielen Plätzen der geforderte Lohnsatz bereits bezahlt wird.

Hoffen wir das Beste! Jedenfalls läßt sich aus dem Verlaufe des Maurerstreiks der Schluß ziehen, daß derartige Differenzen ohne Streiks, Ausstände usw. in friedlicher Weise erledigt werden können, wenn von Seiten der Unternehmer nur etwas Entgegenkommen gezeigt wird.

**In Straßburg i. Elsaß** sollte, wie wir der „Frei. Btg.“ entnehmen, kürzlich ein Bezirksverein des Postassistentenverbandes gegründet werden. Jedoch hatte man die Rechnung ohne den Wirth gemacht; am Tage vor dem festgesetzten Gründungsstermin wurden die Führer der Bewegung verhaftet und die Gründung des Vereins unterblieb. Dasselbe Manöver hatte man früher schon einmal dort erlebt, indem auch damals der Postassistent, welcher die Sache unternommen hatte, einen Tag zuvor verhaftet wurde. Es scheint demnach, daß man, trotz der Erklärung von Vertretern der Reichspostverwaltung im Reichstag, nicht aufhört, Leute, welche nur von ihrem guten Rechte Gebrauch machen, hieher zu mahrgeln. Ob es mit dem Versehen abgethan ist, bleibt abzuwarten.

**Ein Bild des schlesischen Weberelends** gab Genosse Feldmann in einem Vortrage. Am 23. Mai (Himmelfahrtstag) hatte sich eine Anzahl Wahlvereinsmitglieder nach Friedrichshain begeben, um an diesem Orte eine Statistik über die Lage der Bewohner aufzunehmen. Die Statistik erstreckte sich auf 86 Haushaltungen mit 351 Personen. Nur zwei Haushaltungen fehlten, da von beiden die Bewohner nicht zu Hause waren. Auf eine Haushaltung kommen im Durchschnitt 4<sup>7</sup>/<sub>86</sub> Personen. Der Gesamtverdienst der 351 Personen beträgt M. 469,60 pro Woche, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß dieses Resultat nur durch uneingeschränkte Arbeitszeit, auch Feiertags, und durch Mitarbeit sämtlicher Familienmitglieder erreicht werden kann. Das Durchschnittseinkommen einer Familie beträgt pro Woche M. 5,46<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Hierbei muß erwähnt werden, daß die meisten Bewohner diese Einnahme nicht erzielen. Nur dadurch, daß am Orte einige Maurer und Zimmerer, die aber auswärtig arbeiten, wohnen, erreicht das Durchschnittseinkommen die genannte den Webern gegenüber zu hohe Summe. Zu den unverhältnißmäßig hohen Abgaben, welche die Bewohner Friedrichshains entrichten müssen, kommt noch, daß die evangelischen Hauseigentümer jeder zwangsweise einen „Kirchenstand“ (Sitzbank in der Kirche) haben müssen, der M. 1—2 pro Jahr kostet. Die Katholiken haben — indirekt gezwungen — ebenfalls jeder einen Kirchenstand. Im nahegelegenen Steinsiegersdorf muß sogar jedes Haus zwei Stände haben. Auch Gemeindearbeiten müssen noch die Bewohner Friedrichshains verrichten.

**Gegen das Schwitzsystem in der Konfektion** machen auch die Schneider in der Schweiz Front. Sie hielten anläßlich des in Luzern über Pfingsten abgehaltenen Gewerkschaftskongresses eine Konferenz ab, auf der folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: „In Erwägung, daß die Hausindustrie in der Schneiderei, besonders aber in der Konfektion, allseitig als die kräftigste Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft erkannt und von der gesammten organisierten Arbeiterschaft verurtheilt ist, spricht die heutige Versammlung in Luzern sich dahin aus, daß das Zentralcomité des Schweizer Schneider- und Schneiderinnenverbandes alle Mittel benutzen und alle Hebel in Bewegung setzen soll, um der Hausindustrie entgegen zu arbeiten.“ Um dieses Ziel zu erreichen, sollten seitens des Verbandes in allen Sektionen, sowie an allen Orten, wo mehr als zehn Arbeiter beschäftigt sind, die Frage der Hausindustrie und die Errichtung von Werkstätten besprochen und Beschlüsse gefaßt werden. Die ganze organisierte Arbeiterschaft ist für diese Frage zu interessieren. Die in den Sektionen und Versammlungen gefaßten Beschlüsse sollen den schweiz. Bundesbehörden unterbreitet werden. Das Ergebnis der Agitation soll in allen namhaften Schweizerblättern publizirt werden. Die Meister und Unternehmer, sowie staatliche und städtische Behörden sollen für Erstellung von Werkstätten besorgt sein. Für Arbeiten, welche von den Behörden auf dem Submissionswege vergeben werden, soll ein von den Syndikaten und Gewerkschaften vereinbartes Lohnminimum eingeführt werden. Die zu erstellenden Werk-

stätten sollen den hygienischen Anforderungen Genüge leisten und mit Hilfe der städtischen Gesundheitsbehörden sämtliche Arbeitsräume nach einem einheitlich gestellten Reglement untersucht werden.

**Die Bauarbeiter Reichenbergs i. B.** stellten die Forderung der zehnstündigen Arbeitszeit, sowie 20 pSt. Lohnerhöhung. Circa 1000 Mann befinden sich hierdurch im Ausstände.

Etwaige Unterstüßungen sind zu richten an die Redaktion des „Freigeist“, Badergasse 23.

**Ueber die Lage der Ziegelarbeiter in Lemberg (Galizien)** wird der Wiener „Arbeiterzeitung“ geschrieben:

„Es scheint, daß die Bewegung der Ziegelarbeiter sich auf die Provinz ausdehnen wird, wenigstens ist ein Ausstand der Ziegelarbeiter in Lemberg nahe bevorstehend. Schon seit dem Frühling dieses Jahres werden von unseren Lemberger Genossen die Verhältnisse in den dortigen Ziegeleien untersucht, und ihre Erkenntniß dient zur Grundlage der an die Ziegeleibesitzer gestellten Forderungen. Es bestehen in Lemberg 22 Ziegeleien mit 23 Ringöfen und fünf Dampfziegelpressen, welche zusammen 1500 bis 2000 Arbeiter beschäftigen. Die meisten Arbeiter werden aus entfernten Orten zu den Ziegeleien herangezogen, größtentheils aus dem circa 180 Kilometer entfernten Brodyer Bezirk. Sie erhalten dort für die Kosten der Fahrt und andere Ausgaben ein Handgeld und verpflichten sich, die ganze Saison — vom 1. Mai bis Ende September — in der betreffenden Ziegelei zu arbeiten. Das seit 1894 bestehende Kartell der Ziegeleibesitzer führt ein Schwarzbuch der Arbeiter, welches einen Wechsel des Arbeitsortes unmöglich macht. An der Spitze des Kartells steht ein sicherer Krasucki; er war Gemeinderath in Lemberg, mußte aber, da ihm bei seiner neuerlichen Kandidatur die Ausnützung seines Gemeinderathsmantels zu Privatzielen nachgewiesen wurde, zurücktreten. Nun widmet er seine ganze Kraft der Ausbeutung der Arbeiter und Konjumenten. 1000 Stück Ziegel kosteten vor Abschließung des Kartells fl. 11, jetzt kosten sie fl. 18. Es werden im Laufe eines Jahres 45 Millionen Stück Ziegel erzeugt, und der ausschließlich den Besitzern zu Gute kommende Mehrgewinn beträgt jährlich 315 000 fl. Sehen wir nun, wie es mit den Arbeitern ausseht, wenn der Mehrgewinn im letzten Jahre im Durchschnitt für jede Ziegelei 14 318 fl. beträgt. Die Arbeitszeit: Bei den Maschinen 12 Stunden, bei den Handarbeitern so lange Tageslicht herrscht, das heißt 16 Stunden. Die Handarbeiter arbeiten im Stücklohn, bei Krasucki im Taglohn, aber auch 16 Stunden. Uebrigens ist der Arbeiter für den Zustand der verfertigten Ziegeln bis zur Ablieferung verantwortlich. Er muß bei Wind und Wetter, bei jeder Tageszeit, an Sonn- und Feiertagen an die nicht entlohnte Arbeit in den Aufbewahrungsorten, die sich in schlechtem Zustande befinden, gehen, zum Schutze der trockenen Ziegel. Der Lohn der Maschinenisten beträgt pro Woche 9 fl., der Hetzer pro Woche 5 fl.; für's Zuführen des Lehms und Ausladen der Maschinenziegel pro Tag 60 bis 70 kr.; ein Zimmermann pro Tag 80 kr. bis 1 fl. (Der minimale Vorkaslohn für einen Zimmermann beträgt pro Tag 1 fl. 30 kr.) Jugendliche Arbeiter verdienen bei der manuellen Ziegelerzeugung täglich 60 kr., Frauen während drei Monaten täglich 40 kr., während zwei Monaten täglich 30 kr. Da die regnerischen Tage, die Sonn- und Feiertage entfallen, kann man in den fünf Monaten der Saison oft bloß 90 bis 100 Verdienstage rechnen.

Im Stücklohn erhalten die Arbeiter: für das Aufschichten der Ziegel in den Brennöfen für 1000 Stück 14 kr., für 1000 Stück bei Krasucki 12 kr., bei der manuellen Ziegelerzeugung (drei Arbeiter an einem Tische) 2 fl. bis 2 fl. 40 kr.

Statt 1000 Ziegel werden eigentlich 1100 geliefert, die den Besitzer vor Schaden beim weiteren Erzeugungsprozeß sichern sollen.

**Wohnräume:** Als Wohnräume dienen Holzbaracken, durch deren zollbreite Ritzen Wind und Regen Eingang finden. Als Lager dient auf die Erde gestreutes Stroh, oder Pritschen. Nur bei der Aktienhypothekbank sind Strohsäcke eingeführt.

Die Baracken sind manchem Soldaten aus eigener Erfahrung bekannt. Ein findiger Ziegelausbeuter hat während einer Waffenübung seine Baracken an das Militärärar vermietet, während seine Arbeiter in alten Ziegelföden oder Ziegelschuppen kampirten. Selbst die nichtverwöhnten galizischen Bauern konnten die vierzehn Tage kaum in der Baracke aushalten — von allen Mühseligkeiten der Waffenübung hatte sie das Quartier am härtesten getroffen.

Die Lohnauszahlung findet wöchentlich am Sonnabend statt, nur in der Sprecher'schen Ziegelei am Sonntag Vormittags. Die Kantine führt die Frau Sprecher in eigener Verwaltung, und besteht dort Kaufzwang. Die Preise sind bis 40 pSt. höher als die Stadtpreise, oft müssen die Arbeiter noch auf den Lohn draufzahlen.

**Die Maurer von Nevers,** der Hauptstadt des Departements Nièvre, haben soeben den Ausstand erklärt. Sie verlangen einen elfstündigen Arbeitstag und einen Minimallohn von 4 Frs. 20 Cts. pro Tag.

**Ein großer Bergarbeiterstreik** ist auf den Gruben bei Charleroi in Belgien ausgebrochen. 5000 Arbeiter feiern wegen verweigerter Lohnerhöhung. Man fürchtet, daß auch die übrigen Bergleute des Charleroi Kohlenbeckens die Arbeit niederlegen werden.

**In Venedig** verlangen die Lastträger im Hafen eine Aufbesserung ihres Lohnes. Sie sollen dabei revolvirt haben, weshalb die Sicherheitswache mit blanker Waffe habe einschreiten „müssen“. Mehrere Personen sind verwundet, viele verhaftet worden. So löst man in Italien des Herrn Crispi die Arbeiterfrage!

**Gewerbegerichtliches.**

**Weil sie sich nicht gegen den Kolonnenführer,** sondern gegen dessen Auftraggeber mit ihrer Entschädigungsklage gewandt hatten, wurden drei Ruher von der Kammer III unter dem Vorsitz des Assessors Lohmeier abgewiesen. Die Kläger (Grabert und Genossen) behaupten, von dem Ruher Sommer, einem sogenannten Kolonnenführer, zur Arbeit bestellt worden zu sein, ohne daß sie dieselbe nachher antreten durften. Sie verlangten deshalb eine angemessene Entschädigung für die Zeit vom Tage des Engagements bis zu dem Tage, an welchem sie anderweitig Beschäftigung erhielten. Als ihre eigentlichen Arbeitgeber betrachteten sie die Bauunternehmer Ernecke und Piesch, welche ihrerseits die Passivlegitimation bestritten und sich zum Beweise des Fehlens derselben auf das Zeugniß des Sommer bezogen. Dieser jagte aus, er habe die Kläger nicht vorbehaltlos eingestellt, sondern ihnen in Aussicht gestellt, daß sie Arbeit bekommen würden, wenn sein Freund Seifert gleichzeitig mit anfang. Seifert habe über die neu zu bildende Kolonne die Kontrolle übernehmen sollen, da er, Zeuge, acht Kolonnen gehalten und diese natürlich nicht allein habe übersehen können. Das Gericht sah Ernecke und Piesch nicht als Arbeitgeber der Kläger an. Das abweisende Urtheil begründete der Vorsitzende damit, daß aus der Aussage des Zeugen dessen Unternehmerstellung hervorgehe, die infolge der obwaltenden Umstände nicht zu verkennen sei. Wenn Jemand über acht Kolonnen verfüge, könne er unmöglich als bloßer Akkordarbeiter betrachtet werden. — In diesem Urtheil ist unschwer der Einfluß des Landgerichts-Urtheils, daß von uns veröffentlicht und besprochen wurde, zu erkennen, allein es bedeutet noch nicht die absolute Anerkennung desselben durch das Gewerbegericht. Diese soll jedoch bereits in einigen anderen Entscheidungen der Kammer III ihren Ausdruck gefunden haben. Nachdem die Versammlung sämtlicher Arbeitnehmer-Besitzer des Gewerbegerichts gegen die erwähnte Landgerichts-Entscheidung einstimmig einen energigen Protest beschloffen hat, darf man gespannt darauf sein, wie sich von nun ab die übrigen Mitglieder des Gewerbegerichts, einschließlich des Vorsitzenden, zur Frage: „Kolonnenführer — Sub-Unternehmer?“ stellen werden.

**Polizeiliches und Gerichtliches.**

**Wegen Verrufserklärung** stand am Donnerstag der Töpfer Topf vor dem Straßenrat des Kammergerichts, nachdem sowohl er als auch unser Redakteur Dierl vom Schöffengericht und auch von der Strafkammer zu Gefängnißstrafen verurtheilt worden waren. Die Töpfermeister und Gesellen in Berlin hatten für Akkordarbeiten einen bestimmten Tarif vereinbart, wonach z. B. für stehende Kochmaschinen dem Gesellen M. 20,60 Arbeitslohn zustehen. Die Gesellen des Meisters Kolberg waren eines Sonnabends überrascht, als sie für eine Kochmaschine nur M. 20 Lohn bekamen. Sie beschloffen, die Arbeit niederlegen, wenn der Meister auch in der folgenden Woche den Tarif außer Acht lassen würde. Als der Meister auch bei der folgenden Lohnzahlung die Kochmaschine nur mit M. 20 bezahlte, legten fast sämtliche Gesellen, mit Ausnahme von fünf Arbeitnehmern, die Arbeit beim fraglichen Meister nieder. Infolge dieser Vorgänge veröffentlichte Topf im „Vorwärts“ einen Aufruf, den die Staatsanwaltschaft als einen Verruf jener fünf Gesellen betrachtete, welche sich an der Arbeitseinstellung nicht betheilig hatten. Während Redakteur Dierl drei Tage Gefängniß erhielt, wurde Topf wegen dieser Verrufserklärung vom Schöffengericht zu einem Monat und von der Strafkammer zu einer Woche Gefängniß verurtheilt. Nunmehr legte Topf Revision beim Kammergericht ein, und zwar mit Erfolg; die Vorentscheidung wurde aufgehoben — sogar der Oberstaatsanwalt trat dafür ein — und die Sache wurde zur anderweiten Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen, da nicht ersichtlich sei, daß durch den Verruf eine Besserung der Lohnverhältnisse erstrebt worden sei, besonders wenn der Meister kontraktwidrig handelte. Obschon Dierl Revision nicht eingelegt hatte, wurde auch seine Verurtheilung für verfehlt erklärt und ebenfalls aufgehoben.

**Bermischtes.**

**Schercherze.** Ein witziger Scher hat als grundlegenden Stod zu einer „neuen Stenographie“ die nachfolgenden Wortkürzungen ausgeheckt: o\*8 Osternacht. L\*wg Kreuzweg. W\*8nd Wachtkommando. L\*aug Eisternauge. O d : g Eau de Cologne. x r : i Materialionie. H\*eqp Hundekoupé. f. Kreuzpunkt. Q\*rs Ruhhaare. a\*xio Amalie.

**Die Bedeutung des arriichigen Ausdrucks „Massauern“** kennt wohl Jeder, aber nicht Jeder auch seine Entstehung. Daß das Land Nassau mit im Spiele ist, läßt sich von vornherein vermuthen, und so ist es auch. Das frühere Herzogthum Nassau, jetzt ein Theil der Provinz Hessen-Nassau, besaß keine Universität; die zum Studium Berechtigten sahen sich daher genöthigt,



eine Hochschule im fremden Lande zu besuchen. Nun hatten, so erzählt ein alter Nassauer, im Anfange und in der Mitte dieses Jahrhunderts die Studenten nur dann Aussicht, im Lande eine Staatsstellung zu erlangen, wenn von ihnen in Erfüllung eines für alle Mal geäußerten Wunsches des Landesherren die Universitäts Göttingen besucht worden war. So war denn auch in Göttingen ein von der nassauischen Regierung unterhaltener freier Mittagstisch, für solche nassauischen Studenten eingerichtet, denen die Verhältnisse nicht gestatteten, aus eigener Tasche zu leben. Diesen „Freitisch“ benutzten jedoch bei günstiger Gelegenheit auch solche Studenten, die nicht aus Nassau stammten, und diese wurden dann von ihren Kommilitonen scherzweise „Nassauer“ genannt, weil sie an dem nassauischen Freitisch „genassauert“ hatten. Die ersten „Nassauer“ waren also alles Andere, nur keine — Nassauer.“

Literarisches.

„Der Sozialdemokrat“, Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beuthstraße 3). Die Nr. 25 vom 20. Juni hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Die Kreuzzeitung und das allgemeine Wahlrecht. — Wahlnachlässe aus Italien. — Aus Pommern. — Die Sittlichkeit auf dem Lande. — Parteiennachrichten. — Todtenliste. — Literarisches. Polizei und preussische Eisenbahn-Verwaltung. — Paragraph 130. — Die Landtagswahlen in Sachsen. — Reichthum und Armuth in England. — Ueber die Lage der Ziegelerbeiter in Lemberg (Galizien). — Einiges aus der Handschuhbranche. — Zwei Geister. — Der Nordostseekanal. — Arbeiterorganisationen. — Parteiennachrichten. — Wie man uns behandelt. — Vermischtes. — Verzeichniß der französischen Parteipresse.

Briefkasten der Redaktion.

\* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokalverbände respektive Vertrauensleute bei.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Versammlungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Breslau. Sonntag, den 30. Juni, Vorm. 11 Uhr, „Kaiserburg“, Adalbertstr. 10.
Boizenburg. Sonntag, den 7. Juli, Nachm. 5 Uhr, im Vereinslokal.
Braunschweig. Donnerstag, den 4. Juli, bei Everling, Dehlshälgern 40.
Celle. Mittwoch, den 3. Juli.
Charlottenburg. Dienstag, den 2. Juli, bei Krause, Bismarckstraße 74.
Calbe. Sonnabend, den 6. Juli, bei W. Kuhnert.
Düsseldorf. Sonntag, den 7. Juli, Vorm. 11 Uhr, bei J. Drießen, Grafenbergerstr. 27.
Danzig. Dienstag, den 9. Juli, im Verbandslokal, Breitegasse 42.
Dessau. Sonnabend, den 6. Juli, in der „Reichskrone“, Sandstraße 11.
Dortmund. Sonntag, den 7. Juli, Nachm. 4 Uhr, bei Wirth Hönny, „Zur Krimm“.
Essen. Sonntag, den 7. Juli, bei Wittwe Krag, Steelerstraße 10.
Falkenstein. Sonntag, den 7. Juli.
Frankfurt a. d. O. Jeden Dienstag nach dem ersten eines jeden Monats im „Vorwärts“, Abb. 8 Uhr.
Fürth. Sonntag, den 7. Juli, Vormittags 10 Uhr, bei Bid, Wallerstraße, dann alle 14 Tage.
Jena. Mittwoch, den 3. Juli, Abends 7 1/2 Uhr, bei Wwe. Jost, Fischerstraße.
Köln. Sonntag, den 6. Juli, Abends 9 Uhr, bei Wortmann.
Köln. Dienstag, den 2. Juli, bei Weidner, Hinterdom.
Köln. Sonnabend, den 6. Juli, bei Wollentim.
Köln. Mittwoch, den 3. Juli, Abends 7 Uhr, bei Engelmann, Markt 13.
Hamburg. Dienstag, den 2. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im „Engl. Ibboli“, St. Georg, Kirchenallee.
Hannover. Dienstag, den 2. Juli, in Boldt's Restaurant, Neuestraße 27.
Hamburg. Dienstag, den 2. Juli, bei Lüssenhopp, Bergstraße 7.
Henne. Sonntag, den 7. Juli, bei Hochstraße, Wilhelmstr.
Henne. Sonntag, den 7. Juli, bei Ohmen, Am alten Markt.
Henne. Mittwoch, den 3. Juli.
Henne. Sonnabend, den 6. Juli, bei Hüple, Breitestr. 12.
Lübeck. Dienstag, den 2. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei Sparmann, Hundestr. 101.
Memel. Sonntag, den 7. Juli, Nachmittags 3 Uhr, im „Vindengarten“.
München. Sonntag, den 7. Juli, Vormittags 10 Uhr, im „Nassauer Hof“, Dultstr. 4.
Münster. Sonnabend, den 6. Juli, Abends 8 Uhr, bei A. Weinberg.
Neubrandenburg. Sonnabend, den 6. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei Kreibitz.
Neubrandenburg. Sonntag, den 7. Juli, Nachmittags 3 Uhr, bei Tschel.
Nordhausen. Montag, den 8. Juli, Abends 8 Uhr, in „Stadt Berlin“.
Reichenbach i. B. Sonntag, den 7. Juli, Nachmittags 3 Uhr, bei Herrmann, Weststr. 82.

- Reudersburg. Dienstag, den 2. Juli, Abends 8 Uhr, bei Pittack.
Sangerhausen. Mittwoch, den 3. Juli, Abends 8 Uhr, bei Ad. Mann.
Schwarzenau. Sonntag, den 7. Juli, Nachmittags 4 Uhr, in Sternberg's Lokal in Krensfeld.
St. Johann. Sonntag, den 7. Juli, bei Hüplein, Blumenstraße.
Stargard i. P. Sonntag, den 7. Juli, Nachmittags 4 Uhr, Schuhstr. 49.
Stendal. Sonntag, den 7. Juli, auf der Herberge, Vogelstraße 17.
Tangermünde. Sonntag, den 7. Juli.
Uelzen. Sonntag, den 7. Juli, Nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal.
Wittenberge. Mittwoch, den 3. Juli, Abends 8 Uhr, auf der Herberge.

Anzeigen.

Nachruf!

Am 31. Mai erkrankte bei Ausübung seines Berufes am Fischereihafen unser werthter Kamerad und Verbandsmitglied

Wilh. Wagner

aus Kranichfeld i. Th, im 20. Lebensjahre.
Chre seinem Andenken!
Die fremden Zimmergesellen von Geestemünde.
[M. 4,20]

Lokalverband Berlin.

Sonntag, den 7. Juli, Vormittags 10 1/2 Uhr,

Versammlung

im Lokale, Annenstraße 16.

Tagesordnung:

- 1. Verschiedenes. 2. Vortrag des Gen. Timm über Klassenkämpfe im Mittelalter. 3. Diskussion.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
[M. 1,20] Der Vorstand.

Lokalverband Bremen.

Mittwoch, den 3. Juli, Abends 8 1/2 Uhr,

General-Versammlung

auf der Herberge.

Tagesordnung:

- Vorstandswahl, sowie Wahl der Vertreter im Bauartell.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist nothwendig.
[M. 1,10] Der Vorstand.

Otto Luegers Lexikon der gesamten Technik und ihrer Hilfswissenschaften. In unserem Verlage erscheint: Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart.
Alle 6 Bände sind dem Bedurfniß vorzuziehen.
Wer über einen Namen, einen Begriff, einen Gegenstand aus dem vielseitigen Gebiete der Technik und deren Hilfswissenschaften, über die Art von dessen Entstehung, Gewinnung, Verarbeitung, Verwendung etc. Auskunft erhalten möchte, der wird im „Lexikon der gesamten Technik“ in knapper, wissenschaftlicher, aber für den Gelehrten leicht faßlicher Form das gewöhnliche finden. Es soll ein lexikalisches Nachschlagewerk für alle technischen Berufe werden, das die Vorzüge der kurze, Zuverlässigkeit und Vollständigkeit in sich vereinigt.
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen entgegen und liefern auf Wunsch gern die erste Hälfte der ersten Abtheilung oder den gebundenen ersten Band zur Ansicht ins Haus.

Genossen!

Kauft nur den „Vleist“, „Solidarität“ von Jean Vlos, Stein bei Nürnberg.

Düsseldorf.

Achtung, Zimmerer!

Am Sonntag, den 7. Juli, Vormittags 11 Uhr,

General-Versammlung.

Tagesordnung:

- 1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist nothwendig.
[M. 1,20] Der Vorstand.

Berichtigung.

Ich Unterzeichneter erkläre hiermit, daß die gegen Köhler in Bezug auf Nothe gethane Aeußerung vollständig auf Unwahrheit beruht.

Ernst Sporbert, Zimmerer, Remsa b. Altenburg. [M. 1,05]

Verkehrslokale, Herbergen usw.

(Jahres-Inserat unter dieser Rubrik nebst Gratis-Abonnement gegen Einsendung von M. 8.)

- Berlin. N. Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restauration. Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
W. Zippke, Markstraße 14, Eingang Grüneweg. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
Julius Raumann, S., Blücherstr. 42, Restauration. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
Bergedorf. Zentralherberge und Verkehrslokal bei Joh. Bez, Töpferwiese 8.
Breslau. Verkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Oberstr. 3, „Grüner Hirsch“. Zentralherberge „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
Charlottenburg. Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jedes Monats: Versammlung. Verkehrslokal sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer beim Kameraden H. Krause, Bismarckstr. 74.
Danzig. Vereins- und Verkehrslokal (Privatlokal) des Lokalverbandes, Breitegasse 42. Dasselbe ist nur Abends von 6 Uhr ab geöffnet.
Dresden. Verkehrslokal und Herberge: „Gasthof zum goldenen Faß“, Münzgasse 3. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 2. Bezirk.
Zehl's Restaurant, Mittelstraße 6. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 1. Bezirk, sowie der Zentral-Krankenkasse, Zahlstelle I.
Zimmermann's Restaurant, Schönbrunnstr. 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 3. Bezirk, sowie alle 14 Tage der Zentral-Krankenkasse, Zahlstelle II.
„Deutsche Eiche“, Strießen, Hüttenstraße 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle der Einzelzahler.
Hamburg. Zentralherberge: Bid (vormals Diehl), Große Rosenstraße 37.
Hamburg-St. Georg. Aug. Bräsecke, Steinthorweg 2, Keller.
Hamburg-Gimsbüttel. Fr. Lemcke, Verkehrslokal Belle-Alliancestr. 49.
Hamburg-Warmbeck. Verkehrslokal für Zimmerer, Rud. Ellerbrock, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Elbstraße.
Hamburg-Warmbeck. D. Niemeier, Wohldorferstr. 9, 2. Et. Vermietung von Zimmerwerkzeug.
Hannover. Versammlungslokal und Zentralherberge bei Volke, Neuestr. 27.
Harburg. Versammlungslokal der Zimmerer u. Zentralherberge bei Herrn Lüssenhopp, erste Bergstraße 7.
Kellinghusen. Herberge und Vereinslokal: H. Wrage, „Volkshalle“.
Ludwigshafen. Die Zentralherberge befindet sich in der Bismarckstraße Nr. 1.
Leipzig. Verkehrslokal und Arbeitsnachweis bei Neubauer, Restauration, Universitätsstr. 6. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse „Universitätskeller“, Ritterstr. 7. Herberge Al. Fleischergasse, Max Saupe's Restaurant. Kassirer der Zentral-Krankenkasse: Joseph Frißche, Leipzig-Neuditz, Leipzigerstr. 3, und August Kaiser, Friedr. Str. 41.
Lübeck. Verkehrslokal: Fr. Spahrman, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: J. Strunt, Rosenstr. 14/6.
München. Das Verkehrs- und Versammlungslokal des Lokalverbandes befindet sich im „Nassauer Hof“, Dultstraße 4. — Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr, findet hier Versammlung statt.
Moskau. Verkehrslokal für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei W. Marien, Beguninenberg 10.
Stettin. Verkehrslokal, Logirhaus, Zahlstelle des Verbandes deutscher Zimmerleute und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Fr. Herrath, Bogislawstr. 22.
Stuttgart. Verkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse, Holzstr. 18. Zentralherberge, „Gasthaus zum Hirsch“, Hirschstraße 14.
Wilhelmshaven. Verkehrslokal u. Herberge im Vereins- und Konzerthaus „Zur Arche“ in Pant. Arbeitsnachweis bei G. Gerdes, Neue Wilhelmshabenerstr. 4.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.